

# Verhandlungen

des

außerordentlichen Landtages

des

Fürstenthums Lippe,

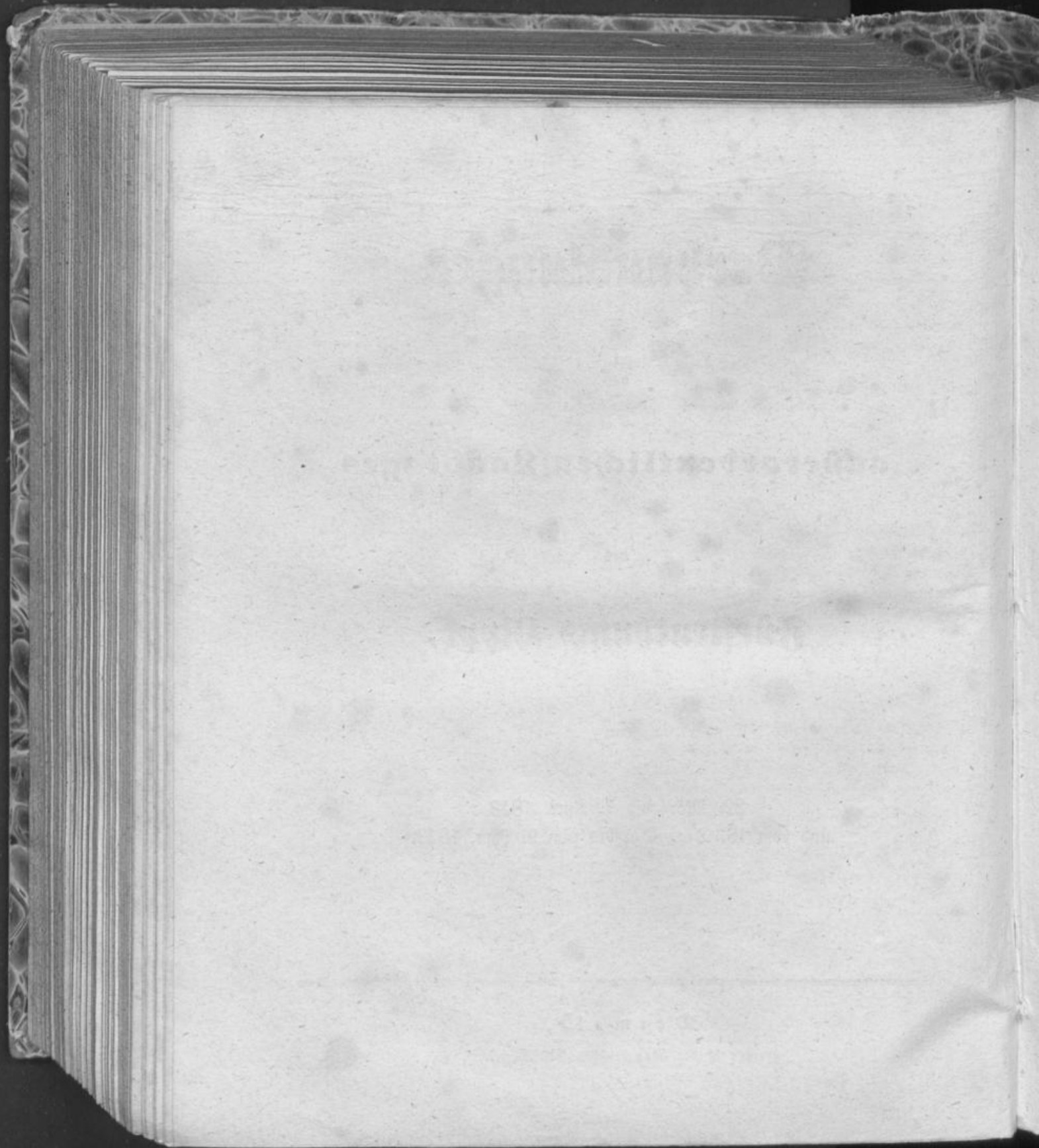
vom

22. März bis 1. April 1848  
und vom 18. Dec. e. a. bis zum 9. Jan. 1849.

---

Detmold,

gedruckt in der Meyer'schen Hofbuchdruckerei.



## Inhalts-Verzeichniß.

(Die deutsche Ziffer bezeichnet die laufende № der Actenstücke.)

### № I.

- 1) Protocoll der vorbereitenden Sitzung vom 22. März 1848, nebst P. M. des Geh. Justizkanzlei-Raths Petri von demselben Tage.
- 2) Protocoll der Landtags-Sitzung vom 23. März.

### № II.

- 3) Protocoll vom 24. März.
- 4) desgl. de eod. Nachmittags.
- 5) Gesuch der Stände ad Seren. de eod.
- 6) Landtags-Gutachten, die Proposition wegen Oeffentlichkeit der Landtags-Sitzungen betreffend, von demselben Tage.
- 7) Erlaß Fürstlicher Regierung de eod., denselben Gegenstand betreffend.
- 8) Erklärung der Stände auf die Proposition wegen Theilnahme der Regierungscommissarien an den Sitzungen, vom 25. März.

### № III.

- 9) Höchster Erlaß vom 23. März, die Propositionen betreffend.
- 10) Denkschrift Fürstlicher Regierung über die Propositionen, de eod.
- 11) Erste Proposition, das Gesetz wegen Oeffentlichkeit der Landtags-Sitzungen betreffend.
- 12) Zweite Proposition, die Geschäftsordnung betreffend.
- 13) Dritte Proposition, die Theilnahme von Regierungscommissarien an den Beratungen betreffend.
- 14) Vierte Proposition, den Pressgesetz-Entwurf betreffend.
- 15) Fünfte Proposition, das Gesetz wegen Theilnahme der Landstände an der Gesetzgebung betreffend.

### № IV.

N<sup>o</sup> IV.

- 16) Protocoll vom 25. März.
- 17) Antrag des Abgeordneten Piberit, die Wehrverfassung betreffend.
- 18) desgl. des Abgeordneten Klocke, den Salz-Preis betreffend.
- 19) desgl. des Abgeordneten Hilbebrand, Beförderung des Gesetzes wegen Wahl der Volksvertreter betreffend.
- 20) Erlaß Fürstlicher Regierung vom 26. März, die Wehrverfassung betreffend.
- 21) Entwurf der Verordnung wegen Errichtung einer allgemeinen Bürgerwehr.

N<sup>o</sup> V.

- 22) Protocoll vom 27. März.
- 23) Antrag des Abgeordneten Oberbracht vom 27. März, das Chausseegeld betreffend.
- 24) desgl. des Abgeordneten Böhmer, die Aenderung der Städte-Ordnung betreffend.
- 25) Landtagsgutachten vom 28. März, die Wehrverfassung betreffend.
- 26) Unterthänigstes Gesuch, die Ermäßigung des Salzpreises betreffend.

N<sup>o</sup> VI.

- 27) Landtagsgutachten, die Geschäftsordnung betreffend, vom 27. März.
- 28) Protocoll vom 28. März.
- 29) Separatvota des Abgeordneten Hilbebrand.
- 30) Erklärung der Stände, die Vorbereitung des Wahlgesetzes betreffend.
- 31) Gesuch der Stände ad Seren., vom 29. März, das Einliegergeld betreffend.

N<sup>o</sup> VII.

- 32) Protocoll vom 29. März.
- 33) Erlaß Fürstlicher Regierung vom 28. März, die Ausrüstung des Bundescontingents betreffend.
- 34) Schreiben des beiseitigen Bundestagsgesandten an Serenissimum, vom 23. März.

N<sup>o</sup> VIII.

- 35) Protocoll vom 30. März.
- 36) Antrag des Abgeordneten Hagemeister, die alleinige Berathung des Wahlgesetzes betreffend, vom 30. März.
- 37) Antrag des Abgeordneten Bürgermeister Meyer, die Publicationen von den Kanzeln betreffend.

- 38) Antrag des Abgeordneten Dr. Meyer, das Schulgeld betreffend.
- 39) desgl. des Abgeordneten Piderit, wegen Oeffentlichkeit der Gemeinderaths- und Magistrats-Verhandlungen.
- 40) desgl. des Abgeordneten Klocke, die freie Wohnung der Pastöre und Schul-lehrer betreffend, vom 27. März.

N<sup>o</sup> IX.

- 41) Protocoll vom 31. März.
- 42) desgl. von demselben Tage, Abends.
- 43) Erlaß Fürstlicher Regierung vom 30. März, das Wahlgesetz betreffend.
- 44) Unterthänigste Erklärung, die entscheidende Stimme der Stände bei der Gesetzgebung betreffend, vom 30. März e.
- 45) Anzeige der Ausschußdeputirten an Fürstliche Regierung, den Austritt des Abgeordneten Hildebrand betreffend, vom 30. März.
- 46) desgl., die Mittheilung des Protocolls betreffend, vom 31. ej.

N<sup>o</sup> X.

- 47) Protocoll vom 1. April.
- 48) desgl. de eod. Abends.
- 49) Berichtigung etc. des Abgeordneten Hildebrand.
- 50) Antrag des Abgeordneten Schierenberg, die Initiative der Stände bei der Gesetzgebung betreffend.
- 51) Erlaß Fürstlicher Regierung, ein Gesuch der Stadt Lippstadt wegen deren Verhältniß zum Lande betreffend, vom 28. März.
- 52) Gesuch der Bürger von Lippstadt an Serenissimus.
- 53) desgl. des Magistrats und der Stadtverordneten daselbst.
- 54) Vertrag der Lippischen mit der Preussischen Regierung, wegen der Stadt Lippstadt, vom 4. Mai 1819.
- 55) Antrag des Abgeordneten Böhmer, die Oeffentlichkeit der Magistratsstzungen betreffend, vom 31. März.
- 56) Landtagsgutachten, das Preßgesetz betreffend, vom 30. März.
- 57) Unterthänigste Erklärung, die Mobilmachung des hiesigen Contingents betreffend, vom 1. April.
- 58) desgl., die von der Stadt Lippstadt vorgetragenen Wünsche betreffend, von demselben Tage.

- 59) Gesuch ad Seren., die Deffentlichkeit der Sitzungen von Magistrats- und Gemeinderaths-Collegien betreffend, von demselben Tage.
- 60) desgl., die Abschaffung der Publication von den Kanzeln betreffend, de eod.
- 61) Erlaß Fürstlicher Regierung vom 1. April, die Vertagung des Landtags betreffend.

N<sup>o</sup> XI.

- 62) Convocationschreiben Fürstlicher Regierung, vom 6. Dec. 1848.
- 63) Proposition, die Verordnung über die Wahl der Landtags-Abgeordneten betreffend.
- 64) desgl. die Geschäftsordnung betreffend.
- 65) Uebersicht der Bevölkerung der Wahlbistricte.
- 66) Entwurf des Wahlgesetzes.
- 67) Proposition, die Zusammensetzung des Landtags und die Ausübung der ständischen Rechte betreffend.
- 68) Gesetz-Entwurf dieserhalb.
- 69) Proposition, das Verfahren bei Zoll- und Steuer-Contraventionen betreffend.
- 70) Gesetz-Entwurf darüber.
- 71) Proposition, die Deffentlichkeit der Verhandlungen in Gemeinde-Angelegenheiten betreffend.
- 72) Proposition, die Landesbedürfnisse betreffend.
- 73) Denkschrift Fürstlicher Regierung, den Gymnasial-Etat betreffend.
- 74) desgl. den Militair-Etat betreffend.
- 75) desgl. den Gendarmerie-Etat betreffend.
- 76) desgl. den Wegbau-Casse-Etat betreffend.
- 77) desgl. den Medicinal-Casse-Etat betreffend.
- 78) desgl. den Etat des Strafwerkhauses betreffend.
- 79) desgl. den Etat des Zuchthauses betreffend.

N<sup>o</sup> XII.

- 80) Protocoll vom 18. Dec. 1848.
- 81) Erlaß der Ausschussdeputirten an Fürstliche Regierung vom 7. Aug.
- 82) Erlaß Fürstlicher Regierung vom 15. ej.
- 83) Erlaß der Ausschussdeputirten vom 3. Sept.
- 84) Erlaß Fürstlicher Regierung vom 12. ejusd., das Gesetz über die Wehrmanns-Gerichte betreffend.

N<sup>o</sup> XIII.

N<sup>o</sup> XIII.

- 85) Protocoll vom 19. Dec.
- 86) Erlaß Fürstlicher Regierung an die Ausschußdeputirten vom 13. April, das Gesetz wegen Wahl eines National-Abgeordneten nach Frankfurt betreffend.
- 87) Erlaß der Ausschußdeputirten dieserhalb an Fürstliche Regierung.

N<sup>o</sup> XIV.

- 88) Landtags-Protocoll vom 20. Dec.
- 89) Erlaß Fürstlicher Regierung an die Stände-Versammlung, das Gesetz wegen des Wehrmannsgerichts betreffend, vom 12. Dec.

N<sup>o</sup> XV.

- 90) Protocoll vom 21. December.

N<sup>o</sup> XVI.

- 91) Protocoll vom 22. December.
- 92) Bericht der Commission über das Wahlgesetz, vom 19. Dec.
- 93) Commissions-Entwurf desselben.

N<sup>o</sup> XVII.

- 94) Protocoll vom 23. December.
- 95) Entwurf des Wahlgesetzes nach der ersten Lesung.
- 96) Commissions-Entwurf des Gesetzes wegen Zusammensetzung des Landtags zc.

N<sup>o</sup> XVIII.

- 97) Protocoll vom 3. Januar 1849.
- 98) Erlaß Fürstlicher Regierung vom 24. Dec. 1848, die Vertretung betreffend.
- 99) Erlaß derselben, die Einberufung des Deconom Stieren betreffend.
- 100) Landtagsgutachten, das Wahlgesetz betreffend, vom 3. Jan.
- 101) Entwurf desselben nach der zweiten Lesung.
- 102) Landtagsgutachten, das Gesetz wegen Zusammensetzung des Landtags zc. betreffend, vom 3. Jan.

N<sup>o</sup> XIX.

- 103) Protocoll vom 4. Jan. 1849.
- 104) Commissionsbericht, die Geschäftsordnung betreffend.
- 105) Unterthänigste Erklärung, die Proposition wegen Oeffentlichkeit der Verhandlungen in Gemeinbeangelegenheiten betreffend vom 4. Jan.

N<sup>o</sup> XX.

N<sup>o</sup> XX.

- 106) Protocoll vom 5. Jan. 1849.
- 107) Unterthänigste Erklärung, wegen der Geschäftsordnung, von demselben Tage.

N<sup>o</sup> XXI.

- 108) Protocoll vom 6. Jan. 1849.
- 109) Landtags = Gutachten auf die Proposition wegen der Landesbedürfnisse, von demselben Tage.
- 110) Unterthänigste Erklärung auf die Proposition wegen des Verfahrens in Zoll- und Steuer = Contraventionsfachen, de eod.
- 111) Separatvotum des Abgeordneten Schierenberg.

N<sup>o</sup> XXII.

- 112) Landtags = Abschied vom 9. Jan. 1849.
-

N<sup>o</sup>. 1.

## Verhandlungen

des

### Landtages des Fürstenthums Lippe.

#### Landtags-Protokoll.

Actum Detmold den 22. März 1848, im landschaftlichen Locale.

In der hentigen, der Eröffnung des Landtages vorausgehenden, vorbereitenden Sitzung hatten sich eingefunden:

#### I. Vom ersten Stande:

- 1) Herr von Stietencron auf Schötmar;
- 2) Herr von Neden auf Wendlinghausen;
- 3) Herr von Kerßenbrock auf Barntrop;
- 4) Herr von Hoffmann auf Steinbeck;
- 5) Herr Cäsar auf Hornoldendorf und
- 6) Herr Niemeyer auf Herberhausen.

Der gleichfalls von der Ritterschaft zum Landtage deputirte Herr von Wendt auf Papenhausen war nicht erschienen.

#### II. Vom zweiten Stande:

- 1) Herr Burgemeister Ernst für Lemgo;
- 2) Herr Burgemeister Schierenberg für Horn;
- 3) Herr Burgemeister Böhmer für Blomberg;
- 4) Herr Burgemeister Capellen für Uflen;
- 5) Herr Syndicus Hildebrandt für Barntrop und Lage;
- 6) Herr Justizkanzlei-Rath Viderit, als zweiter Deputirter der Stadt Detmold.

Der erste Deputirte der Stadt Detmold, Syndicus Runnenberg, war nicht erschienen.

#### III. Vom dritten Stande:

- 1) Herr Schönlaue zu Remmighausen, für die Aemter Detmold und Horn;
- 2) Herr Basse zu Pottenhausen, für das Amt Lage;

- 3) Herr Müller zu Heipke, für die Aemter Derlinghausen und Schötmar;
- 4) Herr Klocke zu Röntorf, für das Amt Varenholz;
- 5) Herr Hagemeister zu Wiembeck, für die Aemter Brake, Blomberg und Lipperode;
- 6) Herr Dr. jur. Meyer für die Aemter Sternberg und Barntrup;
- 7) Herr Oberbracht zu Siebenhöfen, für die Aemter Schieder und Schwalenberg.

Es fand sich eine landesherrliche Commission, bestehend aus dem Herrn Geh. Regierungsrath von Meien, dem Herrn Geh. Justizcanzlei-Rath Petri und dem Herrn Geh. Regierungs-Secretair Kellner, in der Versammlung ein, welche erklärte, daß sie gekommen sey, um die an die Stelle des jetzigen Geh. Justizcanzlei-Rath Petri und des Regierungs-Rath Heldman eingetretenen Stellvertreter, Klocke zu Röntorf und Müller zu Heipke zu beeidigen.

Bevor zur Beeidigung geschritten wurde erklärte der Abgeordnete Dr. Meyer, daß er hiergegen protestiren müsse, weil die Deputirten-Stellen der frühern Abgeordneten Heldman und Petri durch deren Eintritt in Fürstl. Regierung völlig erledigt seyen und in einem solchen Falle die Einberufung der Stellvertreter nach §. 22 der Verf.-Urk. von 1836 unzulässig, vielmehr die Vornahme einer neuen Wahl erforderlich sey.

Herr Geh. Justizcanzlei-Rath Petri erwiederte, daß wegen der Kürze der Zeit die Vornahme einer neuen Wahl factisch unmöglich gewesen und daß seine Behinderung als Abgeordneter an der Stände-Versammlung Theil zu nehmen nur eine vorübergehende sey, indem er nur zum außerordentlichen Mitgliede der Regierung für die Dauer des gegenwärtigen Landtags, unter Vorbehalt des Rücktritts in seine frühere Stellung in die Regierung berufen worden.

Derselbe verlas und übergab ein diese Ansicht näher entwickelndes P. M. an die Landtagsabgeordneten des dritten Standes.

Der Dr. Meyer beharrte auf seiner Protestation, indem er bemerkte, daß die erschienenen neuen Abgeordneten nach der Beeidigung befugt seyen, an dem Landtage Theil zu nehmen, die Competenz der Stände-Versammlung aber wegen der hohen Wichtigkeit der diesmaligen Verathungen und Beschlüsse nicht dem leisesten Zweifel unterworfen seyn dürfe. Er bringe deshalb eine diesen Zweifel beseitigende auf verfassungsmäßigem Wege zu erlassende authentische Interpretation der Verf.-Urk. in Vorschlag.

Nachdem die landesherrliche Commission unter Verweisung auf die Geschäftsordnung darauf aufmerksam gemacht hatte, daß vor der Eröffnung des Landtags ein gültiger Beschluß über die Competenz der Versammlung nicht gefaßt werden könne, daß aber etwaige vom Landtage selbst gestellte

Erinne-

Erinnerungen und Anträge in dieser Beziehung, von der Regierung sorgfältig erwogen werden würden, wurde mit der Vereidigung verfahren.

Der vorsitzende Ausschussdeputirte des ersten Standes theilte den Anwesenden, nachdem die landesherrliche Commission sich entfernt hatte, einen Erlaß Fürstl. Regierung vom 18ten nebst dem über die Eröffnung des Landtags von Fürstl. Regierung erlassenen Programm mit.

B. u. g.

Rosen.

### Anl. 3. Prot. v. 22. März 1848.

pr. am Landtage den 22. März 1848.

An  
die Herren Landtagsabgeordneten des dritten Standes.

#### G. P. M.

Dadurch, daß ich für die Dauer des gegenwärtigen außerordentlichen Landtages zum Mitgliede der Regierung, unter Vorbehalte des demnächstigen Rücktritts in meine bisherige Stellung, ernannt worden, bin ich verhindert an den Arbeiten dieses Landtages als Landtagsabgeordneter Theil zu nehmen. Da das Hinderniß nur ein vorübergehendes, auf die Dauer dieses außerordentlichen Landtages beschränktes ist, so wird dadurch mein Verhältniß als Landtagsabgeordneter für die ganze Landtagsperiode, für welche ich gewählt worden, nicht aufgehoben. Indes habe ich gegen die Mitglieder mehrerer Deputationen aus meinem Wahlbezirke, dem Amte Varenholz, welche in den letzten Tagen hier waren, und welche ich Gelegenheit hatte, zu sprechen, mich dahin erklärt, daß ich; — so großen Werth ich auf das mir durch die Wahl geschenkte Vertrauen lege, und so sehr ich wünsche, in mein früheres Verhältniß demnächst zurück treten zu können, — doch bereit sey, meine Stelle als Landtagsabgeordneter ganz nieder zu legen, wenn dieß in Folge der eingetretenen einstweiligen Verhinderung als angemessen erscheinen sollte. Die Mitglieder jener Deputationen waren aber nicht der Meinung, daß dieß der Fall sey, vielmehr hielten sie für angemessen, daß für die Dauer der Verhinderung, also für den gegenwärtigen außerordentlichen Landtag, mein Stellvertreter eintrete, so daß im Uebrigen das alte Verhältniß bliebe.

In Beziehung auf meine Stellung als Ausschussdeputirter des dritten Standes tritt meiner Ansicht nach das nämliche Verhältniß ein, wie rücksichtlich der Stellung als Landtagsabgeordneter. Auch hier würde es die Regel

mit sich bringen, daß für die Dauer der Verhinderung ein Substitut für mich eintrete. Damit würde dem §. 3 der Verfassungsurkunde entsprochen.

Indeß glaube ich hier die nämliche Erklärung schuldig zu seyn, die ich in Beziehung auf meine Stellung als Landtagsabgeordneter abgegeben habe. Wird es für angemessen gehalten, daß ein anderer Ausschußdeputirter für die ganze Landtagsperiode gewählt werde, so bin ich bereit, zurück zu treten.

Die Herren Landtagsabgeordneten des dritten Standes ersuche ich, auch die übrige Ständerversammlung von dieser Erklärung in Kenntniß zu setzen.

Schließlich danke ich den Herren Landtagsabgeordneten des dritten Standes für das Wohlwollen, das Zutrauen und die Nachsicht, die sie mir als ihrem Ausschußdeputirten bisher geschenkt haben, und ich bitte, mir die gleichen Gesinnungen für die künftigen Verhältnisse zu bewahren.

Detmold, 22. März 1848.

Petri.

---

Actum Detmold am Landtage den 23. März 1848.

Nachdem die feierliche Eröffnung des Landtages heute auf dem Residenzschlosse erfolgt war, versammelten sich die Stände Abends 6 Uhr, um ihre Berathungen über die Propositionen und zwar zunächst über das Gesetz wegen der Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen zu beginnen.

Zu den im vorigen Protocolle genannten Deputirten waren der Abgeordnete des ersten Standes, von Wendt und der Abgeordnete des II. Standes, Burgemeister Meyer, hinzugetreten. Der Ausschußdeputirte des II. Standes, Abgeordneter Ernst, zeigte in Beziehung auf den Letztern an, daß derselbe als Substitut des verhinderten Abgeordneten Kunnenberg von der Fürstl. Regierung einberufen und schon am vorigen Landtage beeidigt sey.

Es wurde zunächst zur Wahl eines Präsidenten der II. Curie an die Stelle des Abgeordneten Petri geschritten, welche auf den Abgeordneten Ernst fiel.

Der dritte Stand wählte den Abgeordneten Dr. Meyer zu ihrem stellvertretenden Ausschußdeputirten für die Zeit, daß der dieß Amt früher bekleidende Abgeordnete Petri durch seinen Eintritt in die Regierung verhindert werde, an den ständischen Verhandlungen als Landstand Theil zu nehmen.

Es wurde sodann die in voriger Sitzung bestrittene Legitimation der Abgeordneten Müller und Klocke wieder zur Sprache gebracht und auf den Vortrag des Abgeordneten Schierenberg per majora (20 — 1) beschlossen, diesen

diesen Punct als erledigt anzunehmen und die Befugniß der Theilnahme der gedachten Abgeordneten an den Verhandlungen anzuerkennen.

Man ging hierauf zur Berathung der Oeffentlichkeit über.  
Zunächst kam man dahin überein, daß eine Anzahl der von Fürstl. Regierung mitgetheilten gedruckten Exemplare der Propositionen durch die Abgeordneten in ihren Wahlbezirken zu verbreiten sey und wurde zu diesem Zwecke sofort eine Vertheilung vorgenommen.

Nachdem der die Propositionen begleitende Erlass Fürstl. Regierung vom heutigen Tage (23. März) verlesen worden, verlieth man den mit der ersten Proposition mitgetheilten Gesetz-Entwurf selbst.

Der §. 1 wurde ohne Widerspruch angenommen.

Zu §. 2 entspann sich eine längere Erörterung darüber, ob der Zutritt zu den Landtagsverhandlungen auf „erwachsene männliche“ Zuhörer zu beschränken sey.

Abgeordneter Bürgermeister Meyer, Abg. Dr. Meyer und v. Kerßenbrock beantragten, daß die Worte „erwachsene männliche“ im Entwurfe gestrichen würden, und daß dagegen der Zusatz gemacht werde: „Kinder sind nicht zulässig;“ wogegen der Abgeordnete v. Wendt Vorschlag, den Eintritt des Publicums durch Eintrittskarten zu regeln, hernach sich aber den Antrag auf eine derartige Bestimmung für die Berathung der Geschäftsordnung vorbehielt.

Die Abgeordneten Ernst und Hagemeyer waren für unveränderte Annahme des §. in der Fassung der Proposition.

Man kam endlich dahin überein, daß das Wort „erwachsene“ stehen bleiben könne. Ueber die Beschränkung der Zuhörerschaft auf das männliche Geschlecht aber wurde abgestimmt und per. majora auf Antrag von Neden's beschlossen, daß jene Beschränkung nicht stattzufinden habe, das Wort „männliche“ in dem Entwurfe mithin zu streichen sey.

Zu §. 3 wurde auf des Abgeordneten Schierenberg Antrag eine abändernde Fassung dahin per. maj. beschlossen:

Wenn die Zuhörer Zeichen des Beifalls oder der Misbilligung geben, oder sich sonst Störung der Ruhe erlauben, so ist der Präsident befugt, nach vorheriger Warnung die Räumung der dem Publicum angewiesenen Plätze zu verfügen.

Der Abgeordnete Dr. Meyer beantragte den ferneren Zusatz:

Dasselbe kann auch geschehen, wenn die Majorität der Ständeversammlung auf Antrag eines Mitgliedes sich dafür ausspricht.

welcher Zusatz ebenfalls angenommen wurde.

Der Abgeordnete v. Wendt beantragte sodann einen neuen nach §. 3 einzuschaltenden §. dahin lautend:

Der

Der Stände-Versammlung steht es frei, die öffentliche Sitzung in eine geheime zu verwandeln.

Der Abgeordnete Cäsar trat diesem Antrage bei, verlangte aber den Zusatz, daß eine geheime Sitzung nur „ausnahmsweise“ stattfinden dürfe.

Der Abgeordnete Hildebrandt verlangte namentliche Abstimmung.

Der Antrag des Abgeordneten v. Wendt wurde unverändert angenommen. Es stimmten außer Abg. Hildebrandt die Abgeordneten Ernst, Klocke und Busse gegen den Antrag.

Der Abgeordnete Piderit hatte sich vor der Abstimmung entfernt.

Der §. 4 wurde auf Antrag des Abgeordneten Dr. Meyer gestrichen, weil es sich hier nur von der Oeffentlichkeit handele, und der §. 5 eine Bestimmung in dieser Hinsicht nicht enthält.

Das Gesetz im Ganzen wurde einstimmig angenommen.

In Beziehung auf die von Fürstlicher Regierung begehrten Vorschläge über die Veröffentlichung der Verhandlungen durch den Druck, kam man überein, der Regierung zu eröffnen, daß die Actenstücke der Ständeverammlung in täglichen zwanglosen Blättern erscheinen sollten, deren Preis möglichst gering zu stellen sey. Der durch den Debit nicht gedeckte Ausfall an den Druckkosten solle jedesmal aus der Landcasse gedeckt werden und zu diesem Zwecke eine Bewilligung erfolgen. Auch soll die Regierung, auf Antrag des Abgeordneten Burgemeister Meyer, ersucht werden, diese Landtagsblätter dem Regierungs- und Anzeige-Blatte gratis beilegen und auf diese Weise im Lande verbreiten zu lassen.

Schließlich wurde beschlossen, daß die Sitzungen sofort nach erfolgter höchstlandesherrlicher Genehmigung des abzustattenden Landtagsgutachtens, öffentlich in der zu diesem Zwecke vorläufig eingerichteten hiesigen lutherischen Kirche gehalten werden sollen.

B. u. gen.

Stietencron. Ernst. Meyer.

Rosen.

Die fernern Protocolle und sonstigen Actenstücke werden in der Regel täglich veröffentlicht werden.

N<sup>o</sup>. 2.  
Verhandlungen  
des  
Landtages des Fürstenthums Lippe.

---

Landtags-Protokoll.

---

3) Actum Detmold am Landtage den 24. März 1848.

Sämmtliche Mitglieder gegenwärtig.

Nachdem das gestern beschlossene Gutachten auf die I. Proposition vorgelesen und genehmigt war, beantragte der Abgeordnete Piderit, die heutige Sitzung sofort in eine öffentliche zu verwandeln. Auf die hiergegen von mehreren Seiten geäußerten Bedenken, daß ohne vorherige Genehmigung des Landtagsgutachtens durch Serenissimum und ohne erfolgte Promulgation des Gesetzes über die Öffentlichkeit, der §. 33 der Verf.-Urk. von 1836 in voller Kraft bleibe und demnach die Öffentlichkeit zur Zeit noch als ungesetzlich würde betrachtet werden müssen, wenn auch Serenissimus bereits in der höchsten Proclamation vom 9ten März zugesichert habe, daß er die Öffentlichkeit gern gestatten werde; wurde beschlossen, eine Deputation, bestehend aus dem Vorsitzenden und dem Abgeordneten Piderit an den Herrn Regierungspräsidenten Petri abzusenden, um ihn unter Vorlegung des Landtagsgutachtens zu befragen, ob Seitens der Regierung Nichts dagegen würde erinnert werden, wenn die Stände schon heute ihre Sitzung öffentlich hielten.

Dies geschah und überbrachte die Deputation die Antwort, daß die beabsichtigte Öffentlichkeit der Sitzungen erst nach erfolgter Promulgation des Gesetzes würde eintreten können, ohnehin aber auch das Local, die lutherische Kirche, erst bis zum nächsten Dienstage zum Gebrauche der Stände eingerichtet seyn werde.

Der Abgeordnete Hildebrand stellte hierauf den Antrag, daß die Versammlung sich der weitem Berathschlagung in geheimer Sitzung enthalten und sich bis nächsten Dienstag vertagen möge.

Dieser Antrag wurde per majora verworfen, worauf der Abgeordnete Hildebrand erklärte, daß er gegen die Fortsetzung der Verhandlungen prote-

stire und sich der Theilnahme daran enthalten werde, nahm diese Erklärung aber auf die Bemerkung des Abgeordneten v. Wendt, daß dieß ungesetzlich scheine und nachdem Abgeordneter Dr. Meyer auf die S. 10 und 19 der Geschäftsordnung verwiesen, zurück, behielt sich aber die Einreichung eines Separatvoti vor.

Da einige Abgeordnete der Meinung waren, daß es weiterer Vorbereitungen des Locals nicht bedürfe, so wurde auf Antrag des Abgeordneten Niemeyer eine abermalige Deputation an den Herrn Regierungs-Präsidenten abgeschickt, um ihm vorzustellen, daß wenigstens die Rücksicht auf das Local der gewünschten Oeffentlichkeit nicht entgegenstehe und ihn zu befragen, ob nicht die höchste Resolution auf das Gutachten noch heute befördert werden könne, damit wenigstens morgen die Sitzung öffentlich sey.

Die Deputation überbrachte die Erklärung des Hrn. Präsidenten, daß die Stände ihr Gesuch sofort bei Serenissimus einreichen möchten, worauf eine möglichste Berücksichtigung des vorgetragenen Wunsches erwartet werden dürfe.

Ein solches unterthänigstes Gesuch ward deshalb sofort vom Abgeordneten Piderit entworfen und Serenissimo eingesandt.

Man ging dann zur Berathung der III. Proposition, die Theilnahme der landesherrlichen Commissarien an den öffentlichen Sitzungen betreffend, über.

Der Abgeordnete v. Wendt beantragte, es in dem Gesetze auszudrücken, daß die landesherrlichen Commissarien kein Stimmrecht auszuüben hätten.

Die Versammlung war per majora gegen den Antrag, weil das Stimmrecht schon durch die Verfassungs-Urkunde ausgeschlossen sey.

Der Abgeordnete Hildebrand protestirte gegen Anführung dieses Motivs der Majorität und verlangte Abstimmung hierüber. Dieselbe erfolgte und war einstimmig gegen ihn. Derselbe behielt sich auch in dieser Beziehung ein Separatvotum bevor.

Das Gesetz wurde denn unverändert angenommen und soll im L. L. Gutachten nur erwähnt werden, daß man es in Aussicht auf ein neues umfassendes Staatsgrundgesetz als ein provisorisches und vorübergehendes Gesetz betrachte.

Die Sitzung wurde geschlossen und eine vorläufige Besprechung der Proposition wegen der abzufassenden neuen Geschäftsordnung für die Nachmittags-Sitzung verabredet.

B. u. gen.

v. Stietencron. Ernst. Meyer.

Rosen.

4) Actum Detmold den 24. März 1848, Nachmittags 4 Uhr.

Gegenwärtig sämtliche Mitglieder.

Als Tagesordnung für die morgende, wahrscheinlich öffentlich zu haltende Sitzung wurde festgesetzt:

1) Antrag über einen vom Abgeordneten Piderit zu stellenden Antrag wegen der Volksbewaffnung.

2) Discussion über einen vom Abgeordneten Klocke angekündigten Antrag wegen Herabsetzung der Salzpreise.

3) Desgl. über einen Antrag desselben Abgeordneten Piderit wegen Ermäßigung der Abgaben.

4) Desgl. über einen Antrag des Abgeordneten Hildebrand über Beförderung eines Gesetzes hinsichtlich der Landtagswahlen.

5) Die definitive Berathung über die heute erst zu besprechende Geschäftsordnung.

Diese Besprechung erfolgte hiernächst unter Zugrundlegung der Geschäftsordnung von 1840.

Für die Discussion wurden folgende Punkte vorläufig notirt:

ad S. 11 daß die Tagesordnung für die folgende Sitzung stets im Protocoll zu bemerken sey.

ad S. 15 daß Aufklärung von Mißverständnissen und Abweisung persönlicher Ausfälle eine Abweichung in der Reihenfolge der Redenden zulässig mache, und: daß die in dem S. enthaltene Bestimmung sich auch auf die Regierungscommissarien erstrecke.

ad S. 21 daß nach vollendeter Tagesordnung auch die Discussion vorher nicht angemeldeter Anträge zulässig seyn dürfe.

ad S. 27 sey der passus am Ende zu streichen.

Zusätze wären erforderlich

1) hinsichtlich der erforderlichen Wache außerhalb und dem Befinden nach innerhalb des Sitzungslocals, wozu unbewaffnete Bürger am angemessensten schienen.

2) daß die Fälle, in welchen geheime Sitzungen statt finden dürfen, besprochen und darüber Beschluß gefaßt werde.

Die Sitzung wurde geschlossen um 6 Uhr. Die Stände versammeln sich nochmals um 9 Uhr Abends, um die erwartete höchste Resolution auf die heutige Eingabe ad Sereniss. wegen sofortiger Gestattung der Oeffentlichkeit zu vernehmen.

B. u. gen.

v. Stietencron. Ernst. Meyer.

Rosen.

5) Gesuch der Stände ad Serenissimum.

Da Ew. Hochfürstliche Durchlaucht die Deffentlichkeit der ständischen Verhandlungen gnädigst genehmigt haben und die treu gehorsamsten Stände es im Interesse des Landes angemessen erachten, sich von morgen an über die höchstlandesherrlichen Propositionen in der dazu eingerichteten lutherischen Kirche öffentlich zu berathen; so wollen Ew. Hochfürstliche Durchlaucht ihnen dazu die höchstlandesherrliche Genehmigung zu ertheilen geruhen.

In tiefster Devotion verharren Ew. Hochfürstliche Durchlaucht treu gehorsamste Stände.

Detmold den 24ten März 1848.

Die treugehorsamsten Stände.

6) An

den Durchlauchtigsten Fürsten und Landesherren.

Unterthänigstes Gutachten  
der zum Landtage versammelten treugehorsamsten Stände,  
zur 1. Proposition, die Deffentlichkeit der Landtags-  
Sitzungen betr.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Proposition, die Deffentlichkeit der Landtags-Sitzungen betreffend, ist von treugehorsamsten Ständen in Gemäßheit des von Hochfürstlicher Regierung ausgesprochenen Wunsches und zugleich in Berücksichtigung des allgemein geäußerten Verlangens nach baldiger Verwirklichung der dem Volke in dieser Hinsicht gegebenen Zusage, sofort berathen worden.

Das gnädigst vorgelegte Gesetz wird von treugehorsamsten Ständen mit folgenden wenigen Erinnerungen unterthänigst angenommen.

Zu §. 2 hat es der Ständeversammlung nicht angemessen geschienen, die Zuhörerschaft auf das männliche Geschlecht zu beschränken, weshalb die Streichung des Wortes „männlichen“ beantragt wird.

Zu §. 3. Die Ausführung der in diesem §. gegebenen Vorschrift hat den Ständen schwierig geschienen, die einzelnen die Ruhe störenden Zuhörer, wenn der für das Publicum bestimmte Raum sehr gefüllt ist, schwer auszumitteln seyn werden. Treugehorsamste Stände beantragen daher eine Fassung des §. in folgender Art:

Wenn die Zuhörer Zeichen des Beifalls oder der Misbilligung geben oder sich sonst Störung der Ruhe erlauben, so ist der Vorsitzende befugt, nach vorheriger Warnung, die Räumung der dem Publicum angewiesenen Plätze zu verfügen. Dasselbe kann auch gesche-

geschehen, wenn die Majorität der Ständeverammlung auf Antrag eines Mitgliedes sich dafür ausspricht.

Außerdem aber können Fälle vorkommen, in welchen es durchaus nothwendig ist, daß die Sitzung nicht öffentlich gehalten werde und, so äußerst selten diese Fälle auch eintreten mögen, so glauben treugehorsamste Stände doch ihnen vorsehen zu müssen, indem sie sich die Befugniß reserviren, die öffentliche Sitzung in eine geheime zu verwandeln. Es kann dieß z. B. eintreten, wenn es sich um die Abschließung eines Staatsvertrages mit einer auswärtigen Regierung handelt. Es dürfte daher nach dem §. 3 ein neuer §. des Inhalts einzuschalten seyn:

Der Stände-Versammlung steht es frei, die öffentliche Sitzung in eine geheime Sitzung zu verwandeln.

Der letzte §. des vorgelegten Entwurfs steht mit dem Thema des Gesetzes, der Oeffentlichkeit, in keiner directen Beziehung. Derselbe dürfte daher zu streichen seyn.

Indem treugehorsamste Stände unterthänigst bitten, daß Ew. Hochfürstliche Durchlaucht das Gesetz mit vorstehenden Modificationen alsbald promulgiren wollen, erlauben sie sich, wegen der Verwandtschaft des Gegenstandes, die von Hochfürstlicher Regierung in dem Erlasse vom gestrigen Tage begehrten Vorschläge, wegen Veröffentlichung der Verhandlungen des Landtags durch den Druck, gleich hier unterthänigst zu eröffnen.

Die Landstände beabsichtigen die Sitzungsprotocolle und sonstige Actenstücke in zwanglosen Blättern, wo möglich täglich, durch den Landsyndicus in der hiesigen Hofbuchdruckerei zum Druck befördern zu lassen und auf diese Weise zu veröffentlichen. Der Debit dieser Blätter dürfte der Buchhandlung zu übertragen, der Preis aber sehr niedrig festzusetzen seyn. Auch wären jedem Exemplare des Regierungs- und Anzeige-Blatts, welches am Sonnabend ausgegeben wird, die in derselben Woche erschienenen Blätter gratis beizulegen, zu welchem Zwecke die Redaction des gedachten Blatts von Hochfürstlicher Regierung mit Instruction zu versehen wäre.

Die Kosten des Drucks nach Abzug des Erlöses aus dem Debit, würden auf die Landcasse zu übernehmen seyn.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht bitten treugehorsamste Stände unterthänigst, diese Vorschläge genehm halten zu wollen.

Detmold den 24ten März 1848.

Die treugehorsamsten Stände  
v. Stietencron. Ernst. Meyer.

Rosen.

7) Erlaß Fürstlicher Regierung ad N<sup>o</sup> 5.

Eingegangen den 25ten März 1848.

Löbliche Stände werden auf das unterm heutigen Tage höchsten Orts eingereichte unterthänigste Gutachten zur ersten Proposition, die Oeffentlichkeit der Landtagsitzungen betreffend, benachrichtiget, daß Serenissimus die beantragten Modificationen und Zusätze zu dem Gesetzentwurfe genehmiget haben, und daß das Gesetz in der sich darnach ergebenden Fassung alsbald promulgirt werden wird.

Auch sind die in Beziehung auf die Veröffentlichung der Sitzungsprotocolle und sonstigen Actenstücke durch den Druck eröffneten Vorschläge im Allgemeinen gebilliget, und wird wegen des mit der hiesigen Hofbuchdruckerei abzuschließenden Vertrages löblichen Ständen durch die Regierungscommissarien weitere Mittheilung gemacht werden.

Detmold, den 24ten März 1848.

Fürstlich Lippische Regierung.  
Petri.

An  
Löbliche Stände.

---

8) An  
den Durchlauchtigsten Fürsten und Landesherren  
Unterthänigste Erklärung  
der zum Landtage versammelten Stände,  
zur III. Proposition, die Theilnahme der  
Regierungscommissarien an den Landtags-  
Verhandlungen betr.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht zeigen die treuehorsaamsten Stände unterthänigst an, daß sie das vorgelegte Gesetz wegen der Theilnahme der Regierungscommissarien an den Landtagsverhandlungen um so unbedenklicher unverändert angenommen haben, als das Gesetz doch, wegen der Aussicht auf ein umfassendes Staatsgrundgesetz, nur als ein provisorisches und vorübergehendes zu betrachten ist.

Detmold den 25ten März 1848.

Die treuehorsaamsten Landstände.  
v. Stietencron. Ernst. Meyer.

Rosen.

---

**Berichtigung.** Auf der zweiten Seite der N<sup>o</sup> 1 d. Bl., Z. 12 v. oben ist das Wort »jetzigen« und Z. 26 v. oben sind die Worte »in die Regierung« zu streichen.

N<sup>o</sup> 3.

Verhandlungen

des

Landtages des Fürstenthums Lippe.

---

**D. Propositionen.**

---

Von Gottes Gnaden Wir Paul Alexander Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg &c. &c.

Wir lassen den getreuen Ständen, welche Wir zu dem gegenwärtigen außerordentlichen Landtage um Uns versammelt haben, folgende Propositionen für die zur vollständigen Ausführung Unseres Patents vom 9ten d. M. zunächst erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen hierneben zugehn.

1) Proposition, die Oeffentlichkeit der landständischen Versammlungen betreffend.

2) Proposition, die landtägige Geschäftsordnung betreffend.

3) Proposition, die Theilnahme von Regierungs-Commissarien an den landtägigen Berathungen betreffend.

4) Proposition, die Freiheit der Presse betreffend.

5) Proposition, die entscheidende Theilnahme der Landstände an der Gesetzgebung betreffend.

Zur Erläuterung und Motivirung dieser Propositionen wird den getreuen Ständen durch Unsere Regierung besondere Eröffnung geschehen. Auch haben Wir Unsere Regierung beauftragt, im Vereine mit getreuen Ständen das Nöthige vorzubereiten, damit die in Unserm Patente vom 9ten d. M. ausgedrückten landesväterlichen Absichten im Uebrigen, besonders hinsichtlich der Verollkommnung der bestehenden landständischen Verfassung und der Finanz-Verfassung Unseres Landes, ebenfalls erreicht werden.

Wir sehen den patriotischen Gutachten getreuer Stände entgegen, und bleiben denselben mit Huld und Wohlwollen zugethan.

Detmold den 23ten März 1848.

Leopold, Fürst zur Lippe.

Petri.

Serenissimus haben die Regierung beauftragt, Löblichen Ständen zur Erläuterung und Motivirung der für den gegenwärtigen Landtag heute an sie ergangenen höchstlandesherrlichen Propositionen Folgendes zu eröffnen:

Durch das höchste Patent vom 9. d. M. ist die Bahn zu umfangreichen und tief eingreifenden Verbesserungen der öffentlichen Verhältnisse des Landes vorgezeichnet. Die Erörterung über diese Verbesserungen steht jezt bevor, und es ist zu hoffen, daß sie, mit Umsicht und Besonnenheit geführt, segensreiche Früchte für das Land und seine Angehörigen bringen werde.

Unter den einzelnen Verbesserungen war es nothwendig, zuvörderst die Einrichtungen besonders hervor zu heben, welche den Gang der Verhandlungen und die Form der Erörterung selbst betreffen. Deshalb sind Löblichen Ständen zunächst die Propositionen

über die Oeffentlichkeit der landständischen Versammlungen,

über die Entwerfung einer landtägigen Geschäftsordnung,

über die Theilnahme von Regierungscommissarien an den landtägigen Berathungen,

über die Freiheit der Presse, und

über die entscheidende Theilnahme der Landstände an der Gesetzgebung vorgelegt.

Die proponirte Oeffentlichkeit der landständischen Versammlungen, durch welche die entgegen stehende Bestimmung des §. 33 der Verfassungs-Urkunde aufgehoben wird, schließt zugleich die Gestattung der Bekanntmachung der landtägigen Verhandlungen während des Landtages durch den Druck in sich. Einer besondern gesetzlichen Bestimmung hierüber wird es nicht bedürfen. Die Regierung sieht den Vorschlägen Löblicher Stände über die Art und Weise, wie der Druck zu bewerkstelligen, und wie die Kosten desselben zu bestreiten, entgegen.

Eine Folge der Oeffentlichkeit der landständischen Versammlungen ist die Nothwendigkeit einer Abänderung der bisherigen landtägigen Geschäftsordnung. Indem Löblichen Ständen proponirt worden, eine neue landtägige Geschäftsordnung mit Rücksicht auf die Oeffentlichkeit der landständischen Versammlungen selbst zu entwerfen, und zur Prüfung und höchsten Bestätigung vorzulegen, ist in dieser Beziehung der nämliche Weg eingehalten, welcher bei der Entwerfung der bisherigen Geschäftsordnung auf dem Landtage des Jahres 1838 befolgt wurde.

Eine fernere Folge der Oeffentlichkeit der landständischen Versammlungen ist die Nothwendigkeit der Theilnahme von Regierungscommissarien an den

den landtägigen Berathungen. Hierauf bezieht sich die dritte Proposition. Sie schließt sich genau an die Bestimmungen an, welche in andern Deutschen Staaten, in denen die Oeffentlichkeit der landständischen Versammlungen bereits besteht, maßgebend sind.

Die vierte Proposition bezieht sich auf die Freiheit der Presse. Es ist mit ihr das im Großherzogthume Baden im Jahre 1831 erlassene, später suspendirte, vor Kurzem aber dort wieder ins Leben getretene Pressgesetz zur Annahme vorgelegt. Löbliche Stände werden sich durch die Prüfung desselben überzeugen, daß es den Ansprüchen an ein derartiges Gesetz, welches eine geregelte Freiheit in der Aeußerung der Meinungen durch Druckschriften begründen soll, genügt. Nur an zwei Stellen sind Modificationen vorgeschlagen, welche in den bei uns bestehenden besondern Verhältnissen ihren Grund haben:

1) die §§. 20. 21. 22 des Badischen Gesetzes enthalten Bestimmungen über die Bestrafung der durch die Presse begangenen Vergehen, namentlich über die Fälle der Verläumdung und anderer Ehrenkränkungen durch Druckschriften, über die durch Druckschriften oder Bildwerke begangenen Angriffe und verächtlichen Darstellungen gegen anerkannte Religionsgesellschaften, und über das durch Darstellung unzüchtiger Gegenstände in Druckschriften oder Bildwerken bereitete öffentliche Aergerniß. Diese Bestimmungen sind bei uns überflüssig, weil die §§. 115. 117 und 196 unseres Criminalgesetzbuches schon das Erforderliche vorgesehen haben. Es genügt die Bestimmung des §. 18 des Badischen Pressgesetzes, durch welche für die gegen Pressvergehen zu erkennenden Strafen auf die bestehende Gesetzgebung hingewiesen wird.

2) Das Badische Gesetz bestimmt, daß die urtheilenden Gerichte über Pressvergehen in erster Instanz die dortigen Hofgerichte und in zweiter Instanz das Oberhofgericht sind. Da bei uns die Ueberweisung des Urtheils in zweiter Instanz an das Ober-Appellationsgericht zu Wolfenbüttel Schwierigkeiten hat, so ist statt der Bestimmung in dem Badischen Pressgesetze als Gericht erster Instanz das Criminalgericht, und als Gericht zweiter Instanz das Plenum des Criminalgerichts vorgeschlagen.

Mit diesen beiden Modificationen wird Nichts entgegenstehen, das Gesetz auch bei uns ins Leben treten zu lassen.

Die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlungen, welche das Badische Gesetz in den Processen über Pressvergehen für beide Instanzen vorschreibt, ist vollständig beibehalten.

Die fünfte Proposition bezieht sich auf die entscheidende Theilnahme der Landstände an der Gesetzgebung. Auch hier sind die in andern Deutschen Ländern, wo den Ständen eine entscheidende Theilnahme an der Gesetzgebung

bung zusteht, geltenden Bestimmungen zum Grunde gelegt. Die Bestimmung, daß die Beschlußnahme durch Stimmenmehrheit der gesammten Stände-Versammlung gefaßt werde, war dabei ausdrücklich auszusprechen, damit in dieser Beziehung der §. 30 der Verfassungsurkunde keinen Zweifel begründe.

Löbliche Stände werden gesonnen, zunächst die auf die Oeffentlichkeit der landständischen Versammlungen sich beziehenden Propositionen zu erledigen, damit die Oeffentlichkeit schon für die weiteren Verhandlungen ins Leben treten könne.

In öffentlicher Verhandlung werden dann auch die übrigen, durch das höchste Patent vom 9. d. M. vorgezeichneten Reformen, besonders die, welche eine Vervollkommnung der bestehenden landständischen Verfassung und der Finanzverfassung des Landes bezwecken, zur Erörterung kommen. Bestimmte Propositionen dafür haben in der seit der Einberufung Löblicher Stände verflossenen kurzen, und durch die Anforderungen des Augenblicks vielfach anderweit in Anspruch genommenen Zeit nicht ausgearbeitet werden können. Die Regierung wünscht sich zunächst mit Löblichen Ständen über die Grundzüge zu den Einrichtungen und Bestimmungen, welche erforderlich sind, um die in dem höchsten Patente Serenissimi vom 9. d. M. ausgedrückten landesväterlichen Absichten weiter ins Leben treten zu lassen, zu vereinigen; und es werden dann auch in dieser Beziehung förmliche Propositionen zur geregelten Berathung vorgelegt werden.

Detmold, den 23ten März 1848.

Fürstlich Lippische Regierung.  
Petri.

---

### 11) Erste Proposition.

Entwurf eines Gesetzes wegen Oeffentlichkeit der Landtags-Sitzungen.

1) Die Landtags-Sitzungen sind von jetzt an öffentlich. Die entgegenstehende Bestimmung des §. 33 der landständischen Verfassungs-Urkunde wird aufgehoben.

2) Die Oeffentlichkeit der Sitzungen besteht darin, daß einer dem Raume angemessenen Anzahl von erwachsenen männlichen Zuhörern der Zutritt zu den für sie bestimmten Plätzen in dem SitzungsSaale gestattet wird.

3)

3) Zuhörer, welche ein Zeichen des Beifalls oder der Mißbilligung geben, oder sich sonstige Störungen der Verhandlungen zu Schulden kommen lassen, werden sofort entfernt.

4) Ueber die Ordnung der Verhandlungen in den Sitzungen bestimmt die landtägige Geschäftsordnung das Nähere.

---

12) Zweite Proposition,  
die landtägige Geschäftsordnung betreffend.

In Folge der für die landständischen Versammlungen eintretenden Oeffentlichkeit bedarf die bisherige landtägige Geschäftsordnung einer Aenderung. Eöbliche Stände werden nomine Serenissimi gesonnen, eine neue Geschäftsordnung selbst zu entwerfen und zur Prüfung und höchstlandesherrlichen Bestätigung vorzulegen.

Detmold, den 23ten März 1848.

Fürstlich Lippische Regierung.  
Petri.

---

13) Dritte Proposition,  
Geszentwurf über die Theilnahme von Regierungscommissarien an den Berathungen der Landstände.

In Folge der für die Landtags-Sitzungen eingeführten Oeffentlichkeit werden die Bestimmungen des §. 31 der landständischen Verfassungs-Urkunde in Betreff der Theilnahme der Mitglieder Unserer Regierung an den landständischen Berathungen folgender Maßen erweitert.

Die Mitglieder Unserer Regierung sind befugt, den Verhandlungen der Landstände beizuwohnen und an den Berathschlagungen Theil zu nehmen. Auch andere Staatsdiener, welche etwa den zur Verhandlung stehenden Gegenstand besonders bearbeitet haben, oder sonst vorzügliche Kenntniß davon

von besitzen, können an den Berathschlagungen Theil nehmen, wenn sie ausdrücklich von Uns dazu beauftragt werden. An den Sitzungen der ständischen Commissionen nehmen die Mitglieder Unserer Regierung oder andere von Uns beauftragte Staatsdiener nur auf ergehende besondere Einladung Theil.

## 14) Vierte Proposition.

Preßgesetz: Entwurf.

### I. Titel.

#### Von der Polizei der Presse.

§. 1. Alle Censur der Druckschriften, welche im Fürstenthum herauskommen, oder verbreitet werden, ist aufgehoben.

§. 2. Was in diesem Gesetz von Druckschriften verordnet ist, gilt von allen mittelst mechanischer Mittel, wie namentlich durch Steindruck, Kupferstich oder Holzschnitt, vervielfältigten Schriften oder Bildwerken.

§. 3. Keine Druckschrift darf im Fürstenthum herausgegeben oder gewerbsmäßig verbreitet werden, welcher nicht, mit oder ohne Nennung des Verfassers, der Name des Verlegers oder Druckers, ferner die Angabe des Orts und die übliche Bezeichnung der Zeit des Drucks beigefügt ist.

§. 4. Die Verletzung der Vorschrift des §. 3 hat für den Verleger, Drucker oder gewerbsmäßigen Verbreiter, ohne Rücksicht auf den Inhalt der Schrift, eine Strafe von 2 bis 50 Rthl. zur Folge.

Der Verbreiter wird von der Verantwortlichkeit frei durch die Darstellung des inländischen Verlegers oder Druckers, und der Drucker durch die Darstellung des inländischen Verlegers.

§. 5. Sind die durch §. 3 geforderten, der Druckschrift beigefügten Angaben falsch, so wird neben der Geldstrafe von 2 bis 50 Rthl. auf Gefängniß von drei bis zu vierzehn Tagen erkannt, vorausgesetzt hinsichtlich des Verbreiters, daß er von der Falschheit Kenntniß gehabt habe.

§. 6. Für jede im Fürstenthum erscheinende Zeitschrift oder Zeitung ist ein Lippischer Staatsbürger, der das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt hat, der Polizeibehörde als verantwortlicher Redacteur zu benennen.

Unter

Unter dieser Voraussetzung ist die Gründung oder Herausgabe solcher Schriften nicht abhängig von irgend einer obrigkeitlichen Erlaubnis.

Jedem Hefte einer Zeitschrift und jedem Blatte einer Zeitung soll der Name des verantwortlichen Redacteurs beigefügt seyn.

§. 7. Der verantwortliche Redacteur hat vor der Herausgabe der Zeitschrift oder Zeitung, wenn sie nicht mehr als drei Mal in der Woche erscheint, für Kosten, Entschädigungen und Geldstrafen eine Sicherheit im Betrage von 500 Rthl., wenn sie öfter erscheint, im Betrage von 1000 Rthl. in Liegenschaften, Geld, sicheren Werthpapieren oder durch Bürgen zu stellen. In jedem Falle eintretender Minderung ist dieselbe innerhalb kurzer, gerichtlich zu bestimmender Frist wieder zu ergänzen.

Im Falle der Unzulänglichkeit der Sicherheit und beim Abgange andern Vermögens des Schuldigen, gehen die Kosten den Entschädigungsansprüchen vor, und diese den Geldstrafen.

§. 8. Von jedem einzelnen Blatte einer Zeitung, eben so von jedem einzelnen Hefte einer Zeitschrift und von jeder Schrift, die nicht über fünf Bogen im Drucke beträgt, ist, so wie die Austheilung und Versendung beginnt, durch den Verleger ein, bei Zeitungen und Zeitschriften mit der eigenhändigen Unterschrift des verantwortlichen Redacteurs oder seines Bevollmächtigten, versehenes, Exemplar bei der Polizeibehörde zu hinterlegen, mit beigefügter Bemerkung des Tages und der Stunde der Hinterlegung.

Durch die Hinterlegung soll die Austheilung und Versendung nicht aufgehalten seyn.

§. 9. Ausgenommen von den Bestimmungen der §§. 6, 7 und 8 sind die in §. 8 bezeichneten Blätter oder Schriften rein wissenschaftlichen, artistischen oder technischen Inhalts und amtlich herausgegebenen Blätter.

Für Zeitschriften oder Zeitungen rein wissenschaftlichen, artistischen oder technischen Inhalts gilt jedoch ebenfalls die Vorschrift, daß der Polizeibehörde ein verantwortlicher Redacteur zu benennen, und sein Name jedem erscheinenden Blatte oder Hefte beizufügen ist.

§. 10. Der Herausgeber einer Zeitung oder Zeitschrift ist schuldig, jede amtliche oder amtlich beglaubigte Berichtigung der darin mitgetheilten Thatsachen unentgeltlich, und jede andere Berichtigung von Seiten des Angegriffenen gegen die gewöhnlichen Einrückungsgebühren sogleich nach deren Empfang in das nächstfolgende Blatt oder Heft aufzunehmen.

§. 11. Die Uebertretung der Vorschriften der §§. 6, 7, 8, 9 und 10 ist mit einer Strafe von Zwei bis Fünzig Thaler zu belegen.

§. 12. Zeitungen und Zeitschriften, in so weit sie die Verfassung oder Verwaltung des deutschen Bundes oder einzelner deutschen Bundes-

staa-

staaten außer Lippe zum Gegenstand haben, und andere Schriften dieses Inhalts, die nicht über Zwanzig Bogen stark sind, sollen nur mit Vorwissen und auf vorgängige Genehmigung der Regierung, welche solche nur den nach den Bestimmungen der §§. 18 bis 28 für strafbar zu achtenden Schriften oder Schriftstellen zu versagen hat, zum Drucke befördert werden.

§. 13. Durch die erhaltene Druckerlaubnis werden Verfasser, Redacteur, Verleger und Drucker hinsichtlich des Inhalts der Schrift, auf den sich die Erlaubniß bezieht, von der Verantwortlichkeit frei.

§. 14. Wird die Vorschrift des §. 12 umgangen und darauf in Folge einer von dem Bunde oder einem Bundesstaate erhobenen Beschwerde, der Inhalt der Schrift von den Gerichten strafbar gefunden, so verfällt der Schuldige neben der durch den Inhalt der Druckschrift verwirkten Strafe noch wegen des Umgehens der Vorschrift des §. 12 in eine Strafe von Zwei bis Zwanzig Thalern.

§. 15. Die im vorhergehenden Paragraphen gedrohte Geldstrafe kann bis zum Doppelten erhöht werden, wenn die nachgesuchte Druckerlaubnis ausdrücklich versagt, und darauf der Druck dennoch vorgenommen worden ist.

§. 16. Die §§. 12 — 15 gelten nur solange der in dem Bundes-tagsbeschlusse vom 3ten März d. J. ausgedrückte Vorbehalt besteht.

§. 17. Die Erkennung der in diesem Titel angedrohten Strafen steht ausschließlich den Gerichten zu, und zwar:

- 1) wenn der Staatsanwalt auf eine Freiheitsstrafe anträgt, dem Criminalgerichte, vorbehaltlich der Berufung an das Plenum des Criminalgerichts;
- 2) wenn die vom Staatsanwalt angetragene Strafe eine Geldstrafe ist, den Gerichten erster Instanz, vorbehaltlich der Berufung an das Criminalgericht.

Die Berufung ist innerhalb einer Nothfrist von Acht Tagen bei dem Gerichte, welches erkannt hat, anzuzeigen und zu rechtfertigen.

Die Bestrafung des Umgehens der Vorschrift des §. 12, und ebenso die Bestrafung der Uebertretung des Druckverbots (§. 15) gehört ausschließlich vor das nämliche Gericht, welches für die Bestrafung des Inhalts der Schrift selbst zuständig ist.

## II. Titel.

### Von den Strafen der durch die Presse begangenen Verbrechen und Vergehen.

§. 18. Wer durch den Inhalt oder die Darstellung einer Druckschrift, oder

oder eines, den Druckschriften gleich gestellten Bildwerks (S. 2) sich eines Verbrechens oder Vergehens schuldig macht, verfällt zunächst in diejenige Strafe, womit die bestehende Gesetzgebung dasselbe Verbrechen oder Vergehen überhaupt bedroht.

S. 19. Die Verübung durch den Druck oder eine andere, dem Druck gleich gestellte, Vervielfältigungsart (S. 2) ist jedoch in der Regel ein Erschwerungsgrund, welcher eine Straferhöhung zur Folge hat.

S. 20. Geldstrafen, die nicht erlegt werden können, werden in Gefängnißstrafe, von einem Tage für je 1 Rthl., verwandelt.

S. 21. Jedes verurtheilende Erkenntniß kann zugleich die Unterdrückung oder Vernichtung der für strafbar erklärten Schrift, oder des für strafbar erklärten Theils derselben aussprechen, in Bezug auf die mit Beschlagnahme belegten und alle noch im Besitze des Verfassers, Herausgebers, Verlegers, Buchhändlers oder Druckers vorfindlichen, oder sonst hinterlegten und noch nicht verkauften Exemplare.

S. 22. Die Personen, welche zum Erscheinen einer sträflichen Druckschrift mitgewirkt haben, sind in folgender Ordnung verantwortlich:

- 1) zuvörderst der Verfasser, insofern Druck und Herausgabe mit seinem Wissen und Willen erfolgt sind;
- 2) der Herausgeber, insofern er nicht den Verfasser darstellt, und nachweist, daß derselbe die Verantwortlichkeit auf sich genommen habe;
- 3) der Verleger, sofern auch dieser nicht bekannt ist;
- 4) der Drucker, und
- 5) zuletzt der Verbreiter.

S. 23. Als Verbreiter im Sinne des vorhergehenden S. ist auch der Buchhändler verantwortlich, wenn er eine sträfliche Schrift verbreitet:

- 1) welche ihm außer dem Wege des ordentlichen Buchhandels zugekommen, oder
- 2) auf welcher nicht der Name, entweder des Verfassers oder des Herausgebers, Verlegers oder Druckers, nebst der Bezeichnung des Orts und der üblichen Bezeichnung der Zeit des Druckes angegeben, oder
- 3) wegen welcher eine Beschlagnahme verfügt und ihm amtlich bekannt gemacht worden ist.

S. 24. Für den Inhalt der Zeitungen und Zeitschriften haftet jedenfalls der verantwortliche Redacteur, insofern er seine Schuldlosigkeit nicht darthut.

S. 25. Wenn sich ergibt, daß von dem Herausgeber, Verleger oder

Drucker der Verfasser falsch angegeben ist, so fällt die Verantwortlichkeit auf den, der die falsche Angabe gemacht hat, insofern er nicht den wahren Verfasser darstellt.

§. 26. Die Uebertretungen der Strafgesetze durch die Presse können nur dann gerichtlich verfolgt und zur Strafe gezogen werden, wenn sie vollendet sind.

Sie gelten für vollendet:

- 1) wenn die sträfliche Schrift in Verkehr gesetzt, oder auf anderem Wege in Umlauf gebracht worden ist; oder
- 2) wenn der Druck vollendet und die Verbreitung nur durch Umstände, die nicht von dem Willen des Angeschuldigten herrühren, verhindert worden ist.

Im letzten Falle kann jedoch keine andere Strafe verhängt werden, als die Unterdrückung oder Vernichtung der sträflichen Schrift, oder des sträflichen Theiles derselben.

§. 27. Auch der auswärtige Verfasser, Redacteur, Verleger und Drucker kann vor die inländischen Gerichte gezogen werden, wenn eine Schrift gegen das Inland oder gegen einen Inländer einen sträflichen Angriff enthält.

§. 28. Wenn der ausländische Herausgeber einer Zeitung oder Zeitschrift dem wider ihn ergangenen Urtheil nicht genügt hat, und in einem Wiederholungsfalle nicht genügt, so kann die Zeitung oder Zeitschrift auf die Zeit bis zu drei Monaten gerichtlich verboten werden.

§. 29. Das Recht auf Bestrafung ist durch Verjährung erloschen, wenn sechs Monate von dem Zeitpunkte an abgelaufen sind, wo das Vergehen oder Verbrechen vollendet, oder seitdem das eingeleitete strafrechtliche Verfahren nicht weiter fortgesetzt worden ist.

### III. Titel.

## Vom Proceßverfahren bei Pressverbrechen und Pressvergehen.

### Erstes Kapitel.

#### Von der Beschlagnahme von Druckschriften.

§. 30. Die Polizeibehörde ist ermächtigt, jede Druckschrift

- 1) vor oder nach ihrem Ausgeben mit Beschlag zu belegen,
  - a. wenn es der Schrift an der im §. 3 geforderten Benennung und Bezeichnung fehlt, oder wenn diese Benennung oder Bezeichnung falsch ist, — sowie wenn
  - b.

b. die erforderliche Caution noch nicht gestellt, oder im Falle einer eingetretenen Verminderung innerhalb der vom Gerichte dazu anberaumten Frist nicht wieder ergänzt worden ist.

Ebenso kann von der Polizeibehörde

2) auf eine Druckschrift, mit deren Ausgeben bereits begonnen ist Beschlagnahme gelegt werden, wenn der Inhalt derselben ein solches Verbrechen oder Vergehen begründet, welches im öffentlichen Interesse von Amts wegen verfolgt werden kann.

§. 31. In allen andern Fällen kann der Beschlagnahme nur vom Gerichte erkannt werden und zwar nur auf Antrag des Staatsanwalts oder eines Privatklägers.

§. 32. Der Staatsanwalt kann auf die Beschlagnahme antragen in den Fällen des §. 30 und zwar im Falle des §. 30, Nr. 2 selbst alsdann, wenn die Druckschrift noch nicht ausgegeben, oder wenn die Handschrift zum Druck erst abgegeben ist, vorausgesetzt, daß dringende Verdachtsgründe nachgewiesen seyen, daß der Inhalt der Schrift ein von Amts wegen zu verfolgendes Verbrechen oder Vergehen begründen würde.

§. 33. Der Antrag eines Privatklägers auf Beschlagnahme einer Druckschrift vor oder nach ihrem Ausgeben, oder einer zum Drucke abgegebenen Handschrift ist statthaft, wenn er genügend bescheinigt, daß ihm durch Verbreitung der Schrift eine Rechtsverletzung zugehe, und wenn er zugleich, wo solches erforderlich erscheint, für etwaige Schäden und Kosten Sicherheit leistet.

§. 34. Das Gericht verfügt über das Beschlagnahmegesuch sogleich nach dessen Empfang.

§. 35. Die Polizeibehörde hat jede von ihr ausgegangene Beschlagnahme (§. 30) innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Staatsanwalt und dem Gerichte anzuzeigen und dem letztern die Actenstücke über die Begründung und den Vollzug des Beschlagnahmes zu übergeben.

Sogleich nach erhaltener Anzeige erkennt das Gericht, ob der Beschlagnahme wieder aufzuheben sey oder fort zu bestehen habe.

Im letztern Falle, sowie da, wo das Gericht selbst den Beschlagnahme erkannt hat, nimmt dasselbe die Untersuchung des Verbrechens oder Vergehens, wegen welcher der Beschlagnahme erkannt wurde, sogleich vor.

§. 36. Alle Gerichtsbeschlüsse werden den Parteien und dem Staatsanwalt bekannt gemacht, ausgenommen, wo diese Bekanntmachung für die Führung der Untersuchung selbst einen unwiderbringlichen Nachtheil hervor brächte.

§. 37. Wird in den Fällen, wo die Polizeibehörde den Beschlagnahme verfügt hat, denjenigen, gegen welchen derselbe verfügt wurde, die richterliche

Bestätigung oder Aufhebung des Beschlags (§. 34) nicht innerhalb Drei Tagen, von der polizeilichen Beschlagnahme angerechnet, eröffnet, so verliert der Beschlagnahme ohne weitere Verfügung von Rechts wegen seine rechtliche Wirksamkeit und dem durch den Beschlagnahme Beschädigten gebührt der Ersatz des Schadens und der Kosten aus der Staatscasse.

§. 38. In den Fällen, wo das Gericht, ohne schon ein Exemplar der mit Beschlagnahme zu belegenden Schrift vor sich zu haben, die Beschlagnahme auf andere Bescheinigung hin erkannt (§. 30) oder bestätigt (§. 34) hat, kann dasselbe später, wenn es sich im Laufe der Untersuchung bei der Einsicht der Schrift von dem Nichtdaseyn des angegebenen Inhalts oder der angegebenen Form derselben überzeugt, den Beschlagnahme gleichzeitig mit der Untersuchung selbst wieder aufheben.

#### Zweites Kapitel.

#### Von dem Strafverfahren.

§. 39. Die strafrechtliche Verfolgung der durch die Presse oder andere ihr gleich gestellte Vervielfältigungsmittel (§. 2) verübten Vergehen oder Verbrechen geschieht im Wege des Anklageprocesses; das Verfahren ist mündlich und öffentlich.

§. 40. Der Staatsanwalt verfolgt die Pressevergehen und Presseverbrechen von Amts wegen, ausgenommen in den Fällen, wo nach dem Criminalgesetzbuche nur auf die Klage des Beleidigten eingeschritten werden darf.

Bei Beleidigungen gegen auswärtige Regenten und Regierungen erhebt der Staatsanwalt die Klage auf eine durch die Fürstliche Regierung ihm zugekommene Beschwerde der betreffenden auswärtigen Regierung. Desgleichen kann er bei Beleidigungen gegen eine inländische Staatsstelle, oder wenn ein öffentlicher Diener in Bezug auf sein Amt beleidigt wurde, auf Antrag der beleidigten Stelle, oder des beleidigten Dieners, oder der diesem vorgesetzten Behörde die Klage erheben.

§. 41. Die Klage, ob sie vom Staatsanwälte oder von einem Privatkläger angebracht wurde, muß die genaue Anzeige der Schrift und der Stellen, worin das Verbrechen oder Vergehen liegen soll, enthalten, und dem zuständigen Untersuchungsgerichte übergeben werden.

§. 42. Das Gericht erkennt längstens in den nächsten Drei Tagen, nachdem die Klage überreicht ist, ob Grund zur gerichtlichen Verfolgung des angezeigten Verbrechens vorhanden sey, und nimmt sogleich, wenn solcher Grund vorhanden ist, die Untersuchung vor.

§. 43. Das urtheilende Gericht über Presseverbrechen und Pressevergehen ist das Criminalgericht.

§. 44.

§. 44. Der untersuchende Richter sowol als die urtheilenden Gerichtspersonen können abgelehnt werden wegen Unfähigkeit und wegen besorgter Befangenheit.

§. 45. Die Unfähigkeit und Befangenheit der Richter und Gerichtspersonen ist nach den für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten geltenden Bestimmungen zu beurtheilen.

§. 46. Die Voruntersuchung ist nach den Regeln des bestehenden Untersuchungsverfahrens vorzunehmen, jedoch fällt das Schlussverhör hinweg. Vom Staatsanwalte oder vom Privatkläger können bei dem Untersuchungsrichter während der Voruntersuchung allartige auf solche bezügliche Anträge gestellt werden.

§. 47. Die Untersuchungsacten sind, wenn der Staatsanwalt klagte, an ihn einzusenden. Derselbe kann, wenn er die Voruntersuchung noch unvollständig findet, auch jetzt noch unmittelbar bei dem Untersuchungsrichter die Anträge auf Vervollständigung stellen.

§. 48. Ist die Voruntersuchung vollständig, so übergiebt der Staatsanwalt binnen acht Tagen die Acten mit der Anklageschrift dem Criminalgerichte.

Die Anklageschrift enthält

- 1) die genaue Bezeichnung der Druckschrift und der Stellen, auf welche die Anklage gegründet wird;
- 2) die Benennung des Verbrechens oder Vergehens, wegen dessen die Anklage erhoben wird;
- 3) die Benennung der angeschuldigten Personen;
- 4) die Benennung derjenigen Zeugen und Sachverständigen, deren Erscheinen in der Gerichtssitzung der Staatsanwalt für nothwendig hält,
- 5) den Antrag auf Schuldigerklärung und auf das Maaß der Strafe.

§. 49. Ebenso ist, wenn die Klage nicht vom Staatsanwalte erhoben wurde, dem Privatkläger am Schlusse der Voruntersuchung vom Untersuchungsrichter die Acteneinsicht zu gestatten, und er hat, sofern nicht auf seine Anträge vorerst noch eine Vervollständigung der Untersuchung nöthig wird, eine Anklage nach den Erfordernissen des §. 48 bei Verlust derselben innerhalb einer ihm anzuberaumenden Frist von Acht Tagen entweder zu Protocol zu geben, oder schriftlich einzureichen, worauf die Acten an das Criminalgericht eingesendet werden.

§. 50. Das Criminalgesetz setzt, sobald die Anklage übergeben ist, oder im Falle des §. 49 die Acten einkommen, einen Gerichtstag zur öffentlichen Verhandlung an.

Zu-

Zugleich theilt es ein Duplicat der Schrift dem Angeklagten mit und befiehlt ihm, an dem angesetzten Gerichtstage selbst, und wenn er will, mit einem Vertheidiger zu erscheinen, auch wenigstens Acht Tage vor der angesetzten Tagfahrt diejenigen Zeugen und Sachverständigen, die er dazu vorgeladen haben will, und den gewählten Vertheidiger, sowie endlich die Richter, die er ablehnen will, zu benennen.

§. 51. Die im vorigen §. erwähnte Vorladung ist dem Angeklagten wenigstens Bierzehn Tage vor dem Gerichtstage zuzustellen.

§. 52. Da, wo der Staatsanwalt auf peinliche Strafe anträgt, wird ein Vertheidiger von Amts wegen angeordnet, wenn der Angeklagte einen solchen zu wählen unterläßt.

§. 53. Dem Angeklagten und seinem Vertheidiger steht die Einsicht der Untersuchungsacten in der Gerichtsregistratur offen.

§. 54. Zu der Gerichtssitzung werden ferner die klagende Partei, der Staatsanwalt und diejenigen Zeugen und Sachverständigen vorgeladen, deren Vorladung von den Parthien oder dem Staatsanwalte verlangt oder von dem Gerichte für nothwendig erachtet wird.

§. 55. Die Gerichtssitzung ist öffentlich. Das Gericht kann eine geheime Sitzung anordnen, wenn dasselbe ermist, daß aus der Oeffentlichkeit der Verhandlung Verletzung der sittlichen Schicklichkeit entstehen würde. Dies ist jedoch nie zulässig, wenn es sich um ein Vergehen gegen den Staat oder gegen die Staatsbehörden handelt.

§. 56. In geheimer Sitzung hat jedoch jede Partei das Recht, drei Freunde oder Verwandte zur Seite zu haben.

In keinem Falle erstreckt sich die Ausschließung auf die bei den Obergerichten angestellten Rechtsanwälte.

§. 57. In der Gerichtssitzung wird zuerst die Anklageschrift, sodann werden, wenn nicht der Angeklagte schon vorher etwas vorzutragen verlangt, die nöthigen Urkunden verlesen, Zeugen und Sachverständige vernommen, Beweiseinreden erörtert, und die Parteien und der Vertheidiger mit ihren Ausführungen und Gesuchen gehört, wobei dem Angeklagten und seinem Vertheidiger immer das letzte Wort zu gestatten ist.

Selbst wo die Klage nicht vom Staatsanwalte erhoben wurde, ist derselbe gleichwohl im Interesse des Gesetzes zu hören.

Die Richter und der Staatsanwalt sind befugt, an die Parteien, Zeugen und Sachverständigen Fragen zu stellen, die Parteien selbst nur, indem sie sich deshalb an das Gericht wenden.

§. 58. Die Zeugen werden in der Gerichtssitzung vor ihrer Vernehmung beeidigt, im Falle bloßer Privatklage jedoch nur, wenn eine Partei es

es verlangt. Die frühere Beeidigung eines Zeugen durch den Untersuchungsrichter oder durch ein anderes requirirtes Gericht ist ausnahmsweise alsdann zulässig, wenn die Vorladung des Zeugen in die Gerichtssitzung wegen zu weiter Entfernung oder wegen Krankheit nicht angemessen oder nicht möglich ist. In solchen Fällen wird die Aussage der Zeugen, wenn es von einer Partei begehrt oder vom Gerichte für nöthig erachtet wird, in der Gerichtssitzung verlesen.

§. 59. Die auf gehörige Vorladung und ohne hinreichende Entschuldigung ausbleibenden Zeugen und Sachverständigen werden in die Kosten des Termins verurtheilt und alsdann unter Androhung einer Strafe von 2 bis 10 Rthl. und einer abermaligen Verurtheilung in die Kosten zu einem weiteren Termine nochmals vorgeladen.

§. 60. Sind die Verhandlungen vom Gericht als geschlossen erklärt, so folgt sofort nach geheimer Berathung die Urtheilssaffung.

Das als Respicient aufgestellte Gerichtsmitglied, dem wenigstens drei Tage vor der Sitzung die Acten zugestellt werden, macht hierzu den Antrag.

§. 61. Das Gericht kann auf keine höhere Strafe erkennen, als auf diejenige, welche vom Staatsanwalt oder vom Privatkläger in Antrag gebracht wurde. Solange das Urtheil nicht verkündet ist, kann der Kläger in jeder Lage des Verfahrens gegen Vergütung aller Kosten und Schäden die Klage wieder zurücknehmen, und ebenso kann der Staatsanwalt mit rechtlicher Gültigkeit gegen den Angeklagten die gerichtliche Verfolgung wieder aufgeben, in welchem Falle die Staatscasse die Kosten trägt.

§. 62. Das Urtheil wird durch die Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Bei gleicher Stimmenzahl wird der Angeklagte frei gesprochen. Sogleich in der nämlichen Gerichtssitzung wird das Urtheil, nachdem vorerst (im Fall der Verurtheilung) die Gesetzstelle, in deren Anwendung die Strafe ausgesprochen wird, wörtlich verlesen worden ist, mit den Entscheidungsgründen bekannt gemacht. Den Parteien, welche nicht erschienen sind, wird dasselbe in gesetzlicher Weise eingehändigt.

§. 63. Das Gericht kann zur Verkündigung des Urtheils eine andere Sitzung bestimmen, oder die Sache zu weiterer Berathung aussetzen, und zugleich anordnen, daß zu dem Ende ein schriftlicher Vortrag in öffentlicher Sitzung erstattet werde. Auch in dem letzt gedachten Falle ist sogleich in der Gerichtssitzung der weitere Tag der Vortragserstattung und der Urtheilsverkündigung festzusetzen und den Parteien bekannt zu machen.

§. 64. Der schriftliche Vortrag enthält das Thatsächliche des Rechtsstreites, die Anträge der Parteien, die Ergebnisse der Beweisführung, die Aufstellung der die Entscheidung der Sache umfassenden Rechts- und That-

Thatfragen, nebst der Erläuterung derselben, ohne allen Antrag des Referenten.

S. 65. Die Parteien können unmittelbar nach erstattetem Vortrage dem Gerichte schriftliche Bemerkungen überreichen, um im Vortrage wahrgenommene Unvollständigkeiten oder Irrthümer hinsichtlich der Thatfachen oder der Fragestellung bemerklich zu machen. Mündliche Bemerkungen der Parteien über den Vortrag finden nicht Statt.

S. 66. Das Sitzungsprotocoll enthält die Benennung der anwesenden Gerichtsmitglieder und des Staatsanwaltes, der erschienenen Parteien und des Vertheidigers, die Bemerkung der gehaltenen Vorträge, die Aufzeichnung derjenigen Punkte, deren Protocollirung das Gericht auf Antrag einer Partei, des Staatsanwaltes oder von Amts wegen verordnet, insbesondere das für die Entscheidung der Sache Wesentliche von den Zeugnisaussagen und Geständnissen — sowie alle Beschlüsse des Gerichts.

S. 67. Ein in der Voruntersuchung abgelegtes Geständniß, welches in der Gerichtssitzung widerrufen wird, hat nur die Kraft eines außergerichtlichen Geständnisses.

S. 68. Erscheint der Angeklagte auf die Vorladung zur Gerichtssitzung nicht, so ist er

- 1) wenn er auch in der Voruntersuchung nicht erschienen war, der angeschuldigten Thatfachen, deren Gegentheile nicht hergestellt ist, als geständig zu betrachten; oder
- 2) wenn er in der Voruntersuchung bereits vernommen war, nach der dort abgegebenen Erklärung zu beurtheilen, und der Einwendungen gegen die in der Gerichtssitzung vorgebrachten Beweise verlustig.

Die Rechtsnachtheile N<sup>o</sup> 1 und 2 sind bei der Vorladung ausdrücklich anzudrohen.

S. 69. Ist der Angeklagte in der Voruntersuchung ausgeblieben, so kann er in der Gerichtssitzung noch das früher Versäumte nachholen.

S. 70. Ist der Angeklagte abwesend und sein Aufenthalt unbekannt oder kann die Einhängung der Vorladung nicht an seinem Aufenthaltsorte, oder endlich bei einem angeklagten Fremden überhaupt nicht geschehen, so ist die Vorladung unter Androhung der im S. 68 genannten Rechtsnachtheile öffentlich durch das Regierungsblatt zu erlassen. In gleicher Art ist das ergangene Urtheil bekannt zu machen.

S. 71. Ist der Angeklagte im Auslande, und kann die Behändigung der Vorladung an ihn geschehen, so wird ihm damit zugleich die Benennung eines inländischen, im Orte des Gerichts wohnenden, Gewalthabers für

Em=

Empfangnahme der richterlichen Beschlüsse aufgegeben, unter dem Androhen, daß sonst auf seine Kosten ein solcher vom Gericht bestellt würde.

§. 72. Der Angeklagte, gegen den ein Versäumnungsurtheil ergangen ist, kann innerhalb vierzehn Tagen, vom Tage der Bekanntmachung des Urtheils an, bei dem Gerichte, welches das Urtheil erlassen hat, Wiederherstellung nachsuchen, und ohne Begründung der Wiederherstellung, um Bestimmung einer weiteren Gerichtssitzung bitten.

§. 73. Das Gericht setzt hierauf eine weitere Sitzung an. Erscheint der Angeklagte hierbei nicht, so wird das ergangene Versäumnungsurtheil als ein endgültiges erklärt. Jeden Falls, auch wenn er gegen das Urtheil wieder hergestellt wird, bleiben ihm die Kosten zur Last, welche durch die Versäumnung veranlaßt worden sind.

§. 74. Gegen jedes criminalgerichtliche Urtheil steht sowohl dem Angeklagten als dem Kläger, die Revision bei dem Plenum des Criminalgerichts zu und ebenso dem Staatsanwalte, wenn er die Klage erhob.

§. 75. Die Revision ist innerhalb einer Nothfrist von drei Tagen, nach eröffnetem Urtheile, bei dem Criminalgerichte schriftlich anzuzeigen, und längstens innerhalb weiterer Acht Tage zu rechtfertigen.

§. 76. Bis zum Ablaufe der Nothfrist ist mit dem Urtheilsvollzuge einzuhalten. Durch die innerhalb der Nothfrist geschehene Revisionsanzeige wird der Vollzug aufgehalten.

Unterbleibt die Anzeige in der Nothfrist, so ist gleichwohl innerhalb der Acht Tage (§. 79) die Rechtfertigung noch zulässig mit der Wirkung, daß vom Augenblicke dieser Rechtfertigung an der fernere Vollzug wieder aufgehalten wird.

§. 77. Bei Eröffnung des Urtheils ist die Belehrung über die Formalitäten der Revision zu ertheilen.

§. 78. Die Rechtfertigung enthält die Angaben der Beschwerden gegen das Urtheil oder Verfahren, mit oder ohne Ausführung derselben, und den Antrag auf Abänderung oder Aufhebung des angefochtenen Urtheils.

Die Anführung neuer Thatfachen und Antretung neuer Beweise wird nicht zugelassen.

§. 79. Auf die Rechtfertigung hat die Gegenpartei binnen Acht Tagen ihre Gegenerklärung abzugeben.

§. 80. Nach Ablauf der zur Gegenerklärung gegebenen Frist werden, dieselbe mag eingekommen seyn oder nicht, sämtliche Acten dem Plenum des

Criminalgerichts vorgelegt, wo in öffentlicher Sitzung ein schriftlicher Vortrag des in §. 64 angegebenen Inhalts erstattet wird. Ist dieser Vortrag erstattet, so werden der Staatsanwalt und die Parteien, welche in Person oder durch Bevollmächtigte dazu vorzuladen sind, mit ihren Ausführungen gehört, auf ihr Verlangen auch die beim Criminalgerichte vorgelesenen Urkunden und das criminalgerichtliche Sitzungsprotocoll wörtlich verlesen und darauf nach den für das Criminalgericht gegebenen Vorschriften (§. 60, 62, 63) sogleich das Urtheil verkündet. Wenn eine Partei oder ihr Bevollmächtigter nicht erscheint, so wird ihre Revisions-Rechtfertigung beziehungsweise Gegenerklärung statt des mündlichen Vortrags in der Gerichtssitzung vorgelesen, was den Parteien bei der Vorladung zu eröffnen ist.

§. 81. Das Urtheil des Criminalgerichts kann, wenn nicht der Staatsanwalt oder der Privatkläger die Revision eingelegt hat, nie zum Nachtheil des Angeklagten abgeändert werden.

§. 82. Die Wiederherstellung auf den Grund neu aufgefundenen Thatfachen und Beweise findet von Seiten des Angeklagten jederzeit Statt; der Vollzug des Urtheils aber wird nicht aufgeschoben, wenn die Wiederherstellung nicht innerhalb der Revisionsnothfrist nachgesucht wird.

Die Wiederherstellungsklage wird bei demjenigen Gerichte angebracht, von welchem ursprünglich das Urtheil, gegen das die Wiederherstellung gesucht wird, ausgegangen ist, und sie wird dort in der gleichen Weise, wie bei dem erstmaligen Hauptverfahren verhandelt und abgeurtheilt. Gegen ein vom Criminalgerichte über die Wiederherstellungsklage gefälltes Erkenntnis findet wieder die Revision beim Plenum des Criminalgerichts Statt.

§. 83. Gegen das Erkenntnis des Untersuchungsrichters, womit er Beschlagnahme verfügt oder aufhebt, oder womit er erkennt, daß kein Grund zur gerichtlichen Verfolgung vorhanden sey, oder womit persönlicher Verhaft erkannt wird, findet die Appellation an das Criminalgericht Statt.

Die Appellationen gegen Erkenntnisse des Erstinstanzgerichts an das Criminalgericht werden im Allgemeinen in gleicher Weise gerechtfertigt, verhandelt und abgeurtheilt, wie die Revision gegen die Urtheile des Criminalgerichts beim Plenum des Criminalgerichts.

Der Vollzug eines unterrichterlichen Erkenntnisses wird durch die dagegen ergriffene Appellation nicht aufgehalten, wenn Gefahr auf dem Verzuge haftet.

§. 84. Der Recurs zur Gnade findet nur Statt, wenn der Staatsanwalt die Klage von Amtswegen erhoben hat.

Die

Die Recurschrift wird bei dem Criminalgerichte übergeben, welches dieselbe samt den Acten an die Regierung einsendet.

§. 85. Mit dem Strafvollzug wird in diesem Falle nur alsdann eingehalten:

- 1) wenn die Recurschrift innerhalb drei Tagen, von Verkündigung des verurtheilenden Erkenntnisses an, übergeben; oder
- 2) wenn mit der Appellation oder Revision eventuell der Recurs zur Gnade verbunden; oder
- 3) wenn von der Regierung oder durch eine unmittelbare landesherrliche Verfügung Einhalt geboten wird.

§. 86. Die Bestimmung der Vollzugsvorschriften für das hier im Allgemeinen bezeichnete Verfahren bleibt besonderen Verordnungen vorbehalten.

---

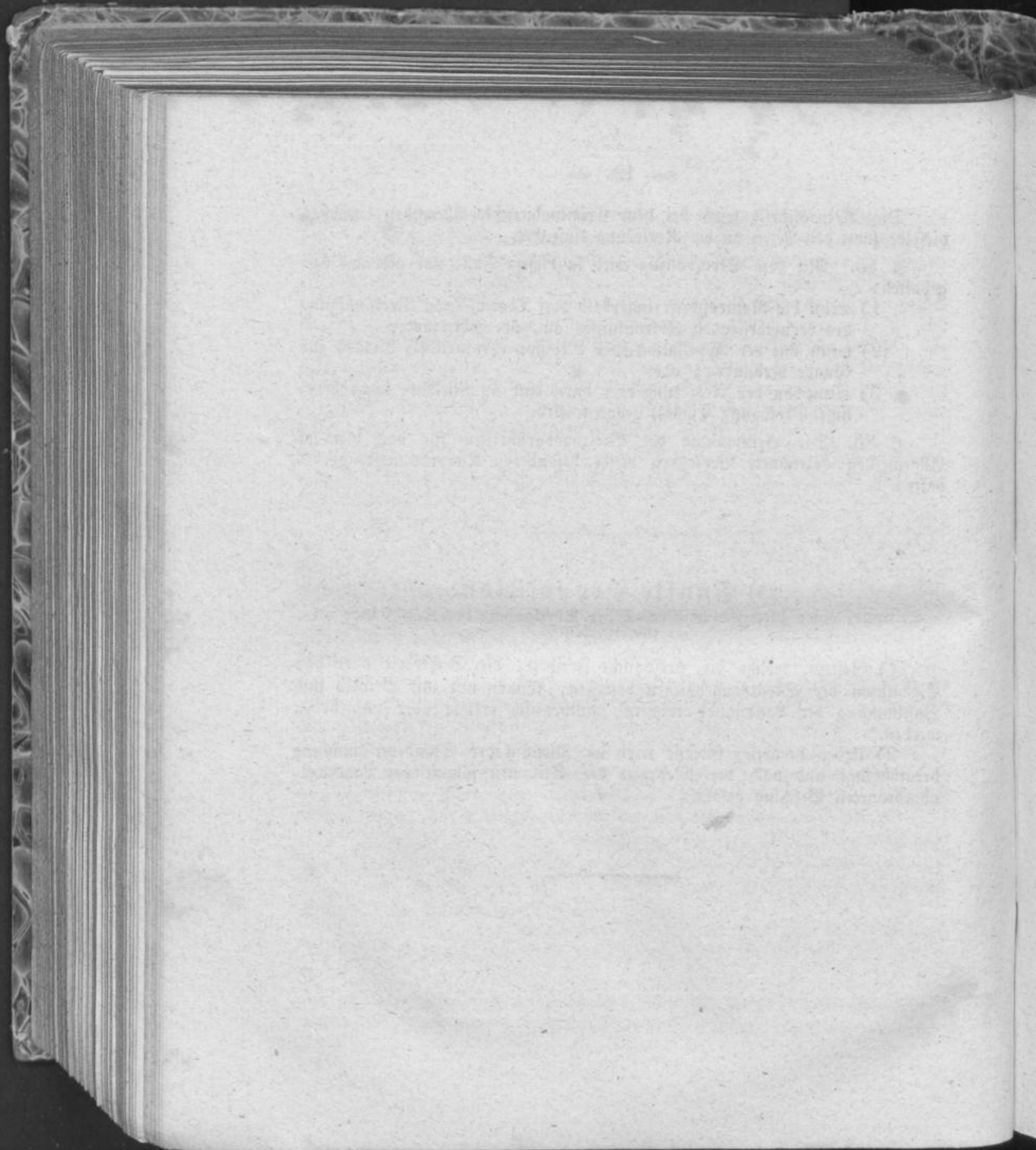
### 15) Fünfte Proposition.

Entwurf eines Gesetzes in Betreff der Theilnahme der Landstände an der Gesetzgebung.

1) Gesetze, welche die persönliche Freiheit, die Sicherheit oder das Eigenthum der Staatsangehörigen betreffen, können nur mit Beirath und Zustimmung der Landstände erlassen, authentisch erklärt oder aufgehoben werden.

2) Ueber derartige Gesetze wird im Plenum der Ständeverammlung berathschlagt und nach der Mehrheit der Stimmen sämtlicher Landtagsabgeordneten Beschluß gefaßt.

---



N<sup>o</sup> 4.  
Verhandlungen  
des  
Landtages des Fürstenthums Lippe.

---

16) Landtags-Protokoll.

Actum Detmold am Landtage den 25. März 1848, Morgens 9 Uhr.

**Oeffentliche Sitzung.**

Sämmtliche Mitglieder gegenwärtig.

Die Stände hatten sich in Gemäßheit der in gestriger Nachmittags-sitzung geschehenen Verabredung Abends 9 Uhr nochmals versammelt. Da der Vorsitzende aber eröffnete, daß der erwartete Regierungserlaß nicht eingegangen, so hatte man sich wieder getrennt, nachdem verabredet worden, sich am folgenden Morgen in der lutherischen Kirche zur Berathung zu versammeln.

Demgemäß fanden sich die Stände zur heutigen Sitzung in diesem Locale ein.

Der Vorsitzende eröffnete, daß der Erlaß Fürstlicher Regierung auf das gestrige ständische Gesuch so eben eingegangen sey, daß Serenissimus dem Gutachten zur I. Proposition gnädigst beiegepflichtet und die Oeffentlichkeit der Sitzungen von heute an gestattet habe.

Die Thüren blieben deshalb geöffnet und die dazu bestimmten Räume der Kirche füllten sich alsbald mit Zuhörern.

Nach Verlesung des Protocolls wurde zur Tagesordnung geschritten und zuerst zur definitiven Berathung der die Oeffentlichkeit berücksichtigenden Geschäftsordnung übergegangen.

Der Abgeordnete v. Reden beantragte, daß man die bisherige Geschäftsordnung ganz bestehen und nur diejenigen Zusätze heute discutiren möge, welche durch die nunmehrige Oeffentlichkeit der Sitzungen erfordert würden.

Die Mehrzahl der Versammlung war aber dafür, daß der einmal eingeschlagene Weg der Berathung beizubehalten und die Geschäftsordnung von 1840 der Berathung zum Grunde zu legen sey.

Dieselbe wurde daher im Einzelnen durchgegangen.

Zu §. 11 wurde der Antrag des Abgeordneten Böhmer, daß die Tagesordnung für die folgende Sitzung jedesmal im Protocoll zu notiren sey, angenommen.

Zu §. 15. Auf Antrag des Abgeordneten v. Wendt wurde per majora der Zusatz beschlossen:

Zum Zweck der Aufklärung von Mißverständnissen und der Abweisung von persönlichen Ausfällen ist eine Abweichung in der Reihesfolge der Redenden zulässig.

Inzwischen hatte sich der Herr Geh. Justizcanzlei-Rath Petri als Regierungscommissarius in der Versammlung eingefunden.

Derselbe erklärte es, nachdem die weitere im vorigen Protocoll zu diesem §. gemachte Bemerkung zur Sprache gebracht war, für zweckmäßig, daß auch für den Regierungscommissarius, wenn er das Wort verlange, eine Ausnahme von der Reihesfolge der Redenden zu gestatten sey, da durch dessen Erklärung häufig eine Erörterung würde abgeschnitten werden können.

Die Versammlung stimmte dieser Ansicht allgemein bei und wurde deshalb eine weitere Ausnahme von der im §. 15 enthaltenen Regel für den das Wort begehrenden Regierungscommissarius beschlossen.

Zu §. 21 erklärte der Abgeordnete Dr. Meyer, daß er den Antrag, in Folge dessen die Notiz im vorigen Protocoll zu diesem §. erfolgt ist, zurücknehme.

Zu §. 27 wurde beschlossen, den passus wegen der zu nehmenden Abschriften von Actenstücken zu streichen.

Zusätze wurden sodann beschlossen:

1) auf Antrag des Abgeordneten v. Reden:

Zur Aufrechterhaltung der Ruhe außerhalb und innerhalb des Sitzungslocals wird ein aus Bürgern bestehendes Aufsichtspersonal angestellt.

2) Ueber die Fälle, in denen die öffentliche in eine geheime Sitzung verwandelt werden dürfe, machten sich verschiedene Ansichten geltend, welche dahin übereinkamen, daß solche Fälle nur höchst selten eintreten könnten und würden.

Abgeordneter v. Reden war gegen jede nähere Bestimmung darüber in der Geschäftsordnung, welcher Ansicht sich Abgeordneter Hagemeister anschloß.

Abgeordneter Ernst war der Ansicht, daß eine geheime Sitzung nur Statt finden dürfe, wenn das öffentliche Wohl es erfordere.

Abgeordneter Klocke erklärte, daß ihm überall kein Fall denkbar sey, welcher eine Sitzung bei geschlossenen Thüren nothwendig mache.

Der

Der Herr Regierungs-Commissarius erklärte, daß die Regierung bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs über die Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen, kein besonderes Gewicht auf diesen Gegenstand gelegt habe, daß es ihm aber zweckmäßig scheine, die Bestimmung über die Einschränkung der Oeffentlichkeit möglichst allgemein zu halten, wie dieß auch in den Geschäftsordnungen anderer constitutioneller Staaten geschehen sey.

Auf des Abgeordneten Böhmer Antrag wurde endlich beschlossen, die Bestimmung dahin zu fassen:

Die öffentliche Sitzung kann nur, wenn Zwei Drittheile der Ständeverversammlung dafür stimmen, in eine geheime verwandelt werden.

Die Berathung über die Geschäftsordnung wurde hiermit als beschlossen angenommen.

Der Abgeordnete Piderit stellte darauf den Antrag:

daß die Ständeverversammlung sofort darauf Bedacht nehmen möge, die Sitzungen in ein anderes Local zu verlegen, da die Heiligkeit der Kirche die Verhandlung weltlicher Angelegenheiten darin nicht zulasse.

Der Antrag wurde mit Einhelligkeit abgelehnt.

Auf Abgeordneten Hildebrand's Antrag wurde aber per majora (20 — 1) beschlossen, der lutherischen Gemeinde für die Bereitwilligkeit, mit welcher sie die Kirche für die öffentliche Ständeverammlung eingeräumt, einen Dank zu votiren.

Der Abgeordnete Piderit verlas und übergab sodann den angekündigten Antrag wegen sofortiger Organisation einer allgemeinen Wehrverfassung zur Aufrechthaltung des Rechtszustandes.

Auf die von mehreren Seiten geäußerte Beistimmung zu diesem Antrage und der Bemerkung, daß schleunige Maaßregeln erforderlich seyen, um den sich in verschiedenen Theilen des Landes gezeigten Ungeheuerlichkeiten entgegenzutreten, erklärte der Regierungs-Commissarius, daß, wenn eine dauernde Norm über die Wehrverfassung geschaffen werden sollte, dieserhalb eine förmliche Proposition erforderlich sey, welche bis jetzt wegen der Kürze der Zeit nicht habe entworfen werden können, wie der Umfang des von ihm hier vorgelegten Hessischen Gesetzes über diesen Gegenstand ausweise. Uebrigens habe die Regierung schon das Nothwendigste wegen der Organisation des Landsturms an die Bezirksbehörden verfügt. Es werde der Regierung erwünscht seyn, wenn eine Commission von Mitgliedern der Ständeverammlung sofort mit der Regierung zusammentrete, um die weitem dringenden Maaßregeln zu berathen und eine Proposition hinsichtlich einer gesetzlichen Bestimmung vorzubereiten.

Die Ständerversammlung war mit diesem Vorschlage einverstanden. Es wurde zu dem angegebenen Zwecke eine Commission aus den Mitgliedern: v. Wendt, Piderit und Klocke ernannt, und Serenissimus durch ein sofort abgefaßtes unterthänigstes Gesuch hiervon in Kenntniß gesetzt und gebeten, die Verhandlungen so bald als möglich einleiten zu lassen.

Der Abgeordnete Ernst richtete an den Regierungs-Commissarius die Frage, wie es sich mit dem am gestrigen Tage geschehenen Einfalle von Preussischen Unterthanen in das Amt Derlinghausen verhalte und was die-  
serhalb von der Regierung geschehen sey?

Der Herr Regierungs-Commissarius erklärte, die Regierung sey gestern Nachmittag vom Amte Derlinghausen benachrichtigt worden, daß eine große Anzahl von Nietbergern, in Begleitung des Königlich Preussischen Landraths zu Wiedenbrück und des Königlich Preussischen Amtmannes zu Berl, heranziehe und einen, vorzugsweise auf den Besitzer des Guts Niederubarkhausen, abgesehenen Einfall drohe. Das Amt Derlinghausen habe den Landsturm zur Vertheidigung aufgeboden, die Regierung aber ein Commando Soldaten zur Abweisung jenes Angriffs abgeschickt. Später sey indeß die Nachricht eingetroffen, daß der Gutsbesitzer Tenge von jenen Eindringlingen schon vor der Ankunft des Militairs fortgeführt worden sey. Vom Preussischen Gouvernement werde Genugthuung wegen der Gebietsverletzung begehrt werden.

Hierauf kam der vom Abgeordneten Klocke angemeldete Antrag wegen Verminderung der Salzpreise zur Berathung. Der schriftliche Aufsatz des Antragstellers wurde nach erfolgter Verlesung zum Protocolle registrirt und der Antrag einstimmig angenommen.

Der Abgeordnete Piderit stellte dann seinen Antrag auf Herabsetzung der Abgaben und zunächst auf Erlass des Einlieger-Geldes.

Der Herr Regierungs-Commissarius machte darauf aufmerksam, daß das Einlieger-Geld früherhin an Fürstliche Cammer habe bezahlt werden müssen. Auf Antrag der Landstände an einem der vorhergehenden Landtage (1842) sey die Cammer für die Aufhebung dieser Einnahme aus der Landcasse entschädigt und die Erhebung den einzelnen Commünen überlassen, welche den frühern Betrag jetzt noch zur Hälfte mit 15 Sgr. für die Communalcassen erhöhen.

Vom Abgeordneten Dr. Meyer wurde vorgeschlagen, die Gemeinden, welche das Einliegergeld nicht erlassen wollten, dafür aus der Landcasse zu entschädigen.

Der Abgeordnete Schierenberg wünschte die Aufhebung des Einliegergeldes ebenfalls und schlug vor, den Ausfall der Communalcassen vorläufig  
auf

auf 1 Jahr auf die Landcasse zu übernehmen, bis die Steuerverhältnisse, die in Aussicht stehn, regulirt seyen.

Die Abgeordneten Oberbracht und Busse erklärten sich dahin, daß die Gemeinden die Einnahme von dem Einlieger-Gelde wohl entbehren könnten und daß der Ausfall auch nur diese allein und nicht die Landcasse treffen dürfe.

Auf weitere Erläuterung des Herrn Regierungs-Commissarius wurde dann beschlossen:

Serenissimo den Wunsch der Stände, daß das Einliegergeld aufgehoben werden möge, unterthänigst vorzutragen und um Vorlage eines Gesetzes, nach vorheriger Untersuchung der einschlagenden Verhältnisse durch die Regierung, zu bitten.

Der Antrag des Abgeordneten Hildebrand auf namentliche Abstimmung hierüber wurde abgelehnt.

Der Abgeordnete Hildebrand verlas und übergab hierauf seinen Antrag wegen Beförderung eines Gesetzes über die Wahl der Volksvertreter.

Der Herr Regierungs-Commissarius erklärte, daß es die Absicht der Regierung sey, hierüber eine Proposition zu eröffnen; es sey dazu aber Zeit nöthig und da das Preßgesetz von den Ständen noch zu debattiren sey, so wünsche die Regierung, wie auch in dem Erlasse vom 23ten huj. angedeutet worden, sich zuvor mit den Ständen über die Grundzüge der Bestimmungen zu vereinigen.

Abgeordneter Hildebrand erklärte hierauf, daß er seinen Antrag gern zurücknehme, wenn eine Proposition bald in Aussicht stehe.

Nachdem der Herr Regierungs-Commissar noch hinzugefügt hatte, daß die mit einem Wahlgesetze in Verbindung stehenden Verhältnisse möglicherweise gleich mit erörtert werden könnten, wenn dieserhalb eine Commission mit der Regierung zusammen trete, wurde die Ernennung einer solchen Commission beschlossen und soll die Wahl der Mitglieder zu Anfang der nächsten Sitzung vorgenommen werden. Es soll alsdann auch über die Zahl derselben noch Beschluß gefaßt werden.

Der Abgeordnete Schierenberg übergab schließlich eine Petition der Bewohner der Dorfschaft Heiden, den discutirten Gegenstand betreffend.

Tagesordnung für die Sitzung am 27ten huj., Morgens 10 Uhr:

- 1) die zuletzt erwähnte Ernennung einer Commission.
- 2) Ueberreichung einer Petition wegen Herabsetzung der Steuern durch den Abgeordneten Hagemeister.
- 3) Antrag des Abgeordneten Dr. Meyer, die Abschaffung der Stollgebühren und des Schulgeldes gegen Uebnahme auf die Landcasse.

4)

- 4) Antrag des Abgeordneten Böhmer wegen Abänderung der Städte-Ordnung.
- 5) Antrag des Abgeordneten Oberbracht wegen Abschaffung des Chausseegeldes.
- 6) Antrag des Abgeordneten Klocke wegen der Beitragspflicht zu Kirchen- und Schulbauten.
- 7) Berathung des Pressgesetzes
- 8) eventuell Beschlußnahme wegen der Wehrverfassung.

B. u. g.

v. Stietencron. Ernst. Meyer.

Rosen.

17) Anlage 1 zum Protocoll vom 25ten März.

Antrag  
des Abgeordneten Piberit.

In Beziehung auf das höchstlandesherrliche Patent vom 9ten dieses Monats trage ich darauf an:

Daß sofort in dem ganzen Lande eine Wehrverfassung organisirt werden möge, welche zunächst die Bestimmung hat, den an verschiedenen Orten bedrohten und gestörten Rechtszustand aufrecht zu erhalten. Wie in anderen deutschen Ländern, so kann auch bei uns eine Bürgergarde sofort ins Leben gerufen werden. Theilweise werden dem Gesetze die Bestimmungen der Verordnung vom 3ten Januar 1814 über die Einrichtung des Landsturms zum Grunde gelegt werden können.

Meines Erachtens muß:

- 1) jeder nicht durch Krankheit oder öffentlichen Dienst verhinderte Bürger und angeessene Landmann mit Söhnen und anderen streitbaren Männern seiner Familie aus dem Alter von 20 bis 50 Jahren an der Wehrverfassung Theil nehmen;
- 2) die Wehrmänner tragen die deutschen Farben, sind in Kameradschaften und Feldhauptmannschaften einzutheilen und zweckmäßig zu bewaffnen;
- 3) sie wählen selbst ihre Führer, Obergführer und Feldhauptleute;
- 4) sie haben zunächst die Ruhe und den Frieden im Lande aufrecht zu erhalten und die Obrigkeiten zu unterstützen, damit Verbrecher den Gesetzen gemäß bestraft werden können.

Es versteht sich von selbst, daß Abänderungen und Verbesserungen die

dieser nothwendigen Maßregel alsdann eintreten, wenn erst eine, möglichst gleichmäßige, Wehrverfassung im ganzen deutschen Vaterlande eingeführt sein wird.

Die Stände wollen sich daher mit mir zu der unterthänigsten Bitte an den Durchlauchtigsten Fürsten vereinigen:

es möge im ganzen Lande in angedeuteter Weise so bald wie möglich eine Wehrverfassung zur Aufrechterhaltung des Rechtszustandes organisirt werden.

Detmold, den 25ten März 1848.

Viderit.

18) Anlage 2 zum Protocoll vom 25. März.

An  
die hochgeehrte Ständeversammlung.  
Antrag des Landesabgeordneten Klose,  
Ermäßigung des Salzpreises betreffend.

Die Erhöhung des Salzpreises, welche in Folge des Zollanschlusses bei uns eingetreten ist, hat eine sehr große Unzufriedenheit angeregt. Dieselbe schließt eine Steuer in sich, welche namentlich in der gegenwärtigen Zeit von mir in so fern unhaltbar geachtet werden muß, weil sie die niedere und unbemittelte Classe der Landesbewohner am allermeisten drückt und belastet.

Die Verwerflichkeit solcher Art Kopfsteuer wird außer Zweifel seyn. Es wird sich nur darum handeln, ob wir durch den Zollanschlußvertrag etwa ganz verhindert sind, eine Preisermäßigung für Salz zu erlangen. Es ist aber dieß nach Artikel 5 des Anschlußvertrages vom 18. October 1841 (Seite 603 des 8ten Bandes der Landesverordnungen) nicht ganz der Fall. Es hat sich da unter № 2 nur um Maßregeln gehandelt, welche die Gefahr der Salz-Einschwärmung in das Preussische Gebiet mindere und möglichst beseitigen dürften. Diese Maßregeln scheinen mir schlecht gewählt zu seyn; ich glaube, es dürfte darum nicht gleich die Preiserhöhung bis nahe an den Preussischen Preis geschehn. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß ein Minimum des Bedarfs hätte ermittelt werden und ohne alle und jede Preiserhöhung hätte gelassen werden müssen. Für die Bestimmung dieses Minimum liegt in der Preussischen Verwaltung ein gewiß unverwerflicher Maßstab vor; es ist dort festgesetzt, wie viel Zwangsalz genommen werden muß, es beträgt 12 Pfund jährlich pro Kopf. Für dieses Minimum beantrage ich die Ermäßigung des Salzpreises auf die vor dem Zollanschluß üblich gewesenen 5 Silberpfennige pro Pfund.

Mein

Mein Antrag geht dahin, Stände möchten beschließen, Serenissimus um förderksamste Einleitung einer hiernach abgeänderten Vereinbarung mit der Krone Preußen und demnach um die Preisermäßigung für dies Minimum des Salzbedarfs unterthänig zu ersuchen.

### 19) Anlage 3 zum Protocoll vom 25. März.

Ständischer Antrag  
des Landesabgeordneten Hildebrand  
auf Beförderung des Gesetzes über  
die Wahl der Volksvertreter.

Nachdem die Reform in ganz Deutschland durch die allgemeine Bewegung dieser Zeit dahin gesichert ist, daß Deutschland auf breiter Basis und in volksthümlicher Weise gemeinsame freie Institutionen sich nehmen wird; so hat nun noch der gegenwärtige außerordentliche Landtag zwei weitere Geschäfte: eins, die Wiederbefestigung der öffentlichen Ordnung, und das andere: die wirkliche Erlangung einer volksthümlichen Vertretung.

Das erste will durch die eben heute verhandelten Anträge der Landesabgeordneten Herren Piderit, Klocke und Dr. Meyer angebahnt werden, und kann erreicht werden durch solche von der Gerechtigkeit nicht minder als von der Billigkeit geforderten Concessionen auf der einen Seite und durch Anwendung demnächst einer volksthümlichen Staatsgewalt.

Das zweite Geschäft — es gehört zu den Concessionen, die geeignet sind: den Staatsverband in jedem Einzelnen zum festhaltenden Bewußtsein zu bringen.

Die Verhandlung dieses ständischen Geschäfts entscheidet über das Vertrauen, welches den zeitweiligen Ständen zu Theil werden soll oder nicht. Darum beantrage ich den ständischen Beschluß:

des Fürsten Durchlaucht unterthänig zu bitten, ein Gesetz über die Wahl allgemeiner Volksvertreter mittelst Urwahlen auf breiter Basis allerbaldigst proponiren zu lassen.

Hildebrand.

### 20) Regierungserlaß mit dem Entwurf des Gesetzes wegen Wehrverfassung.

Eingegangen den 26ten März 1848.

Nach den stattgehabten commissarischen Verhandlungen ist der ange-schlossene Entwurf einer Verordnung über die Errichtung einer allgemeinen Bür-

Bürgerwehr ausgearbeitet. Es ist dabei von den Bestimmungen der Verordnungen vom 31. Januar 1814 und 18. Juli 1815, wegen Errichtung und Organisation des Landsturms, ausgegangen. Gleichzeitig sind jedoch die neueren Gesetze anderer deutschen Länder über Bürgerbewaffnung berücksichtigt, und es sind danach die Bestimmungen jener Verordnungen mehrfach modificirt worden. Nomine Serenissimi werden löbliche Stände gesonnen, den Entwurf der Verordnung zu prüfen, und ihr Gutachten darüber baldigst zu eröffnen.

Detmold, 26. März 1848.

Fürstlich Lippische Regierung.  
Petri.

An  
Löbliche Stände.

21) Entwurf einer Verordnung, die Errichtung einer allgemeinen Bürgerwehr betreffend.

1.

Die Bürgerwehr in den Stadt- und Landgemeinden hat den Zweck, zur Erhaltung der innern Ruhe und Ordnung, im Nothfalle auch zur Landesvertheidigung, jedoch nur innerhalb der Grenzen des Landes mitzuwirken.

2.

Die Verbindlichkeit zum Dienste in der Bürgerwehr erstreckt sich über sämtliche waffenfähige Gemeindeangehörige, welche das ein und zwanzigste Lebensjahr zurück gelegt, und das funfzigste noch nicht überschritten haben.

3.

Befreit vom Dienste in der Bürgerwehr sind:

1) Ordinierte Geistliche.

2) Alle im activen Dienste stehende Militairpersonen.

3) Staats- und Gemeindebeamte, welche durch ihre amtlichen Obliegenheiten nach der Entscheidung der vorgesetzten Behörde am Dienste in der Bürgerwehr verhindert werden.

4) Privatpersonen, deren Berufs- oder andere besondere persönliche Verhältnisse nach der Entscheidung ihrer Obrigkeit, des Magistrats oder des Amtes, einen Verhinderungsgrund für sie darbieten.

Die Befreiung währt nur so lange, als der Grund der Verhinderung dauert.

4.

Die Aemter und die Magistrate haben ungesäumt vollständige Verzeichnisse der Wehrpflichtigen ihres Bezirkes mit Angabe

des Vor- und Geschlechtsnamens jedes Einzelnen,

4 a

seines

seines Alters,  
seines Gewerbes,  
des Umstandes, ob er verheirathet ist oder nicht,  
und der etwaigen Gründe, welche ihn am Dienste augenblicklich  
verhindern  
aufzustellen.

5.

Nach den aufgestellten Verzeichnissen sind die Wehrpflichtigen jedes obrigkeitlichen Bezirkes in  
Cameradschaften,  
Feldhauptmannschaften oder Compagnien, und  
Commandantschaften, oder Bataillons  
einzutheilen.

Jede Cameradschaft besteht aus zehn bis funfzehn Mann.  
Eine Compagnie soll der Regel nach nicht über einhundert und funfzig,  
und nicht unter funfzig Mann stark seyn.  
Ein Bataillon darf nicht über sechs, und nicht unter vier Compagnien  
zählen.

6.

Jede Compagnie hat  
einen Feldhauptmann,  
für je fünf Cameradschaften einen Oberführer, und  
für jede Cameradschaft einen Führer, so wie außerdem  
einen Feldwebel, und  
zwei Trommelschläger oder Hornisten.

7.

Die Cameradschaften wählen ihre Führer, die Führer die Oberführer,  
die Führer und Oberführer zusammen den Feldhauptmann, die Führer, die  
Oberführer und der Feldhauptmann zusammen den Bataillonscommandanten.  
Die Wahlen bedürfen der obrigkeitlichen Bestätigung, welche nur im  
Falle erheblicher Erinnerungen, mit Vorbehalte des Recurses an die Regierung,  
versagt werden darf.

8.

Der Bataillonscommandant wählt sich aus den Führern oder Oberführern  
einen Gehülfen oder Adjutanten, imgleichen der Feldhauptmann den  
Feldwebel der Compagnie.

9.

Hat die Bürgerwehr eines Ortes eine Fahne, so wird zum Tragen  
derselben außer der im §. 6 bestimmten Zahl der Führer noch ein Führer  
mehr gewählt.

10.

Die Trommelschläger und Hornisten werden von den Feldhauptleuten angestellt, wozu in den Bataillons die Genehmigung des Commandeurs einzuholen ist.

11.

Die Wahlen der Führer und übrigen Officiere werden alle zwei Jahre erneuert.

12.

Der Bataillonscommandeur, die Feldhauptleute u. s. w. sind den Requisitionen der Obrigkeiten zu den für die Bürgerwehr bestimmten Zwecken unverzüglich Folge zu geben verpflichtet. Geht eine solche Requisition der Eile oder sonstiger Umstände wegen nicht zuerst an den Chef des Bataillons, so muß der unmittelbar Requirirte denselben baldthunlichst davon in Kenntniß setzen.

13.

Die allgemeine Waffe ist vorerst die Pike, acht Fuß lang, zwei Zoll im Durchmesser, und oben mit einer eisernen Spitze versehen, welche sechs Zoll, der Schuh aber vier Zoll lang ist.

14.

Auch die Bewaffnung mit Feuergewehren ist gestattet; doch sind diejenigen, welche sich dazu melden, von den Bataillonschefs in besondere Schützenabtheilungen zu bringen, und beim Wehrbataillon einzutheilen.

15.

Die Piketen werden auf Kosten der Gemeindecassen angeschafft. Die Kosten der übrigen Ausrüstung trägt jeder Wehrmann zu seinem Theile selbst.

16.

Zur Unterscheidung ist die Pike des Führers mit einer  $\frac{1}{4}$  Elle langen schwarz roth goldenen Fahne zu versehen. Die Oberführer, Feldhauptleute, deren Feldwebel, der Bataillonschef und dessen Adjutant tragen Degen. Der Oberführer hat ein schwarz roth goldenes Band mit herabhängender Schleife am rechten Arm, der Feldhauptmann, der Bataillonschef und der Adjutant eine Schärpe in schwarz roth goldener Farbe über die rechte Schulter.

Sobald die Wehrmänner mit ihren Officieren im Dienst sind, tragen sie an ihrer Kopfbedeckung eine Cocarde in obiger Farbe.

17.

Von den nach §. 4 aufgenommenen Verzeichnissen der Wehrmänner haben die Obrigkeiten den Bataillonschefs, und diese den Feldhauptleuten Abschriften zuzustellen. Die Feldhauptleute theilen danach den Oberführern und Führern Verzeichnisse der ihnen untergebenen Wehrmänner mit.

18.

Der Bataillonschef sorgt dafür, daß die Verzeichnisse stets vollständig erhal-

erhalten, die Abgehenden und Zugehenden bemerkt, und die Cameradschaften u. s. w. ergänzt werden.

19.

Um sich von der Richtigkeit und Vollständigkeit der Verzeichnisse zu überzeugen, kann der Bataillonschef von Zeit zu Zeit die Feldhauptmannschaften zusammen treten lassen und mit Hülfe des Adjutanten und der Feldwebel zur Beseitigung von Unregelmäßigkeiten nachsehn.

20.

Wenn die Verzeichnisse der Wehrmänner und die Formirung der Abtheilungen geordnet sind, wird eine Ausfertigung der daraus herzustellenden Bataillonslisten der Districtsobrigkeit zugestellt, und von dieser über die Vollziehung an die Regierung berichtet.

21.

Die ergehenden Befehle gelangen in der Regel stufenweise von der höheren an die zunächst stehende Dienststelle; doch können Umstände eine Ausnahme bewirken, und ist der Untergeordnete dann einem, wenn auch nicht unmittelbar Vorgesetzten zu gehorchen verpflichtet.

22.

In Fällen, wo die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet, und Gefahr beim Verzuge ist, können und müssen die Bataillonschefs und Feldhauptleute, Oberführer und Führer nach eigener Einsicht handeln, jedoch den Obriheiten sofort Rapport erstatten.

23.

Die Wehrmänner sind verpflichtet, sich auf den Schall der Trommeln oder Hörner, auch der Glocken, wenn Sturm geläutet wird, mit ihren Waffen und Dienstzeichen bei den Führern, Oberführern und Feldhauptleuten einzufinden, und deren Befehle zu gewärtigen.

24.

Etwaiqe Vergehen im Dienste werden nach den Bestimmungen der Verordnung vom 18. Juli 1815 wegen Organisation des Landsturms, Landesverordnungen Th. 6, S. 285 ff., bestraft.

Die Bestrafungen finden nur nach vorheriger Untersuchung durch ein zu dem Ende zu errichtendes Wehrmanns-Gericht Statt, welches aus einem Bataillonschef, einem Feldhauptmann, einem Feldwebel, vier Wehrmännern und einem Protokollführer besteht. Von den Aussprüchen dieses Gerichts steht dem Betheiligten der Recurs an die Bezirksobrigkeit innerhalb drei Tagen frei.

Nähere Bestimmungen über das Disciplinarverfahren bleiben einer nachträglichen Verordnung vorbehalten.

---

N<sup>o</sup> 5.  
Verhandlungen  
des  
Landtages des Fürstenthums Lippe.

---

22) Landtags-Protokoll.

Actum Detmold am Landtage den 27. März 1848.

Sämmtliche Mitglieder gegenwärtig.

**Öeffentliche Sitzung.**

Regierungscommissarius: Herr Geh. Justizcanzlei-Rath Petri.

Der Vorsitzende zeigte an, daß die zur Vorbereitung der Proposition wegen der Wehrverfassung niedergesezte Commission ihre Arbeiten bereits vollendet habe und daß die Vorlage eines Gesetz-Entwurfs erfolgt und mit einem Erlasse Hochfürstl. Regierung ihm zugegangen sey. Da die Erlassung des fraglichen Gesetzes sehr eilig sey, so schlage er vor, von der festgesetzten Tagesordnung in so fern abzuweichen, als die Berathung sofort vorzunehmen sey. Es wurde diesem Vorschlage beigestimmt, der Gesetzentwurf zuerst im Ganzen vorgelesen und dann im Einzelnen durchgegangen.

Zu S. 2 wurde vom Abgeordneten Piderit beantragt, statt des Ausdrucks „Gemeindeangehörige“ das Wort „Lipper“ zu gebrauchen, da es sonst den Anschein gewinne, als sollten auswärtige Dienstboten von der Wehrpflicht ausgeschlossen seyn. Der Antrag wurde aber abgelehnt.

Zu S. 8 fand sich zu bemerken, daß die aus der Zahl der Führer u. s. w. zu höhern Führerstellen Gewählten durch Wahl zu ergänzen seyen.

Zu S. 15 daß Trommeln und sonstige allgemeine Requisite auf Kosten der Gemeindecasse anzuschaffen seyen.

Zu S. 24. Die Strafbestimmungen des Gesetzes von 1815 wurden vorgelesen und zwar nicht allenthalben für passend gefunden, jedoch da der Herr Regierungs-Commissarius erklärte, daß das Gesetz in dieser Beziehung doch nur als ein provisorisches anzusehen sey, indem es am Schlusse nähere Bestimmungen über das Disciplinarverfahren vorbehalte, genehmigt.

Auf Antrag des Abgeordneten Böhmer wurde per majora beschlossen, daß bei Bildung des Wehrmannsgerichts (wenigstens) die vier Wehrmänner von der Compagnie und zwar auf 4 Wochen zu wählen seyen.

Im Uebrigen war man mit dem Gesetze einverstanden, kam aber dahin überein, daß es in der Einleitung auszudrücken sey, daß dasselbe als ein provisorisches gelte.

Auf den Wunsch des Abgeordneten Hildebrand, welcher befürchtete, daß dieser Ausdruck dahin gedeutet werden möchte, als solle die Wehrverfassung nur für den Augenblick gelten und nach vorübergegangener Gefahr wieder eingehen, wurde statt des Ausdrucks „provisorisch“ beschlossen „vorläufig, mit Vorbehalt näherer Bestimmungen“ zu setzen.

Der Abgeordnete Schierenberg beantragte hierauf die Berathung des Preßgesetzes.

Es wurde aber, da die Abdrücke des Entwurfs erst zu Anfang der Sitzung hatten vertheilt werden können, per majora beschlossen, die Berathung bis morgen auszusetzen und vorerst zu den angemeldeten Anträgen überzugehen.

Der Abgeordnete Hagemeister verlas deshalb zuerst die angekündigte Petition der Eingesessenen der Ortschaft Kluckhof im Amte Brake, wegen Nachlaß unerschwinglicher Abgaben.

Da sich ergab, daß die Petitionenten schon wegen desselben Gegenstandes eine Supplik bei Serenissimo eingereicht hatten und der Antragsteller angab, Serenissimus habe eine höchste Resolution nach vorheriger Untersuchung der Verhältnisse durch die Fürstl. Rentcammer zugesagt: so wurde die Petition vom Abgeordneten Hagemeister auf das dieserhalb geäußerte Bedenken mehrer Abgeordneter einstweilen bis dahin zurückgenommen, daß jene Resolution erfolgt seyn werde.

Der Abgeordnete Dr. Meyer bat die Discussion des von ihm angemeldeten Antrags bis morgen zu verschieben.

Der Abgeordnete Böhmer verlas sodann seinen Antrag auf Abänderung der Städteordnung, die Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Stadtverordneten bezielend und eine Modification der Vorschrift wegen der Wahlen der Stadtverordneten betreffend.

Da der Herr Regierungs-Commissarius erklärte, daß er auf die Discussion dieses Antrages nicht vorbereitet sey und ein Theil der Versammlung sich ebenfalls erst näher zu instruiren wünschte, so wurde die Berathung und die Beschlußnahme auf morgen ausgesetzt.

Alsdann verlas der Abgeordnete Oberbracht den angekündigten Antrag  
auf

auf Aufhebung des Chauffeegelbes, eventuell auf Befreiung der Fuhrn von Brenn- und Bau-Material vom Chauffeegelbe.

Der Herr Regierungscommissair gab anheim, hierüber zuvörderst eine Commission zur nähern Prüfung des Gegenstandes zu ernennen, welche in nächster Sitzung ihren Bericht abstaten könne.

Die Versammlung ging hierauf ein und ernannte in den gedachten Ausschuss die Abgeordneten: Piderit, Oberbracht und Hildebrand.

Der Abgeordnete Klocke erklärte, daß er seinen Antrag wegen der Beitragspflicht zu Kirchen- und Schulbauten ausgesetzt und gleichzeitig mit dem vom Abgeordneten Dr. Meyer angekündigten, wegen Abschaffung der Stollgebühren verhandelt zu sehen wünsche.

Schließlich wurde zur Wahl der Commission geschritten, welche gemeinschaftlich mit von Fürstl. Regierung ernannten Commissarien die Proposition wegen des neuen Wahlgesetzes vorbereiten soll.

Es wurde per majora beschlossen, daß diese Commission aus sechs ständischen Mitgliedern bestehen solle und daß aus jedem Stande zwei Mitglieder zu wählen seyen.

Die Wahl geschah durch Stimmzettel und ergab als Resultat die Namen der Abgeordneten:

v. Neben,  
v. Stietencron,  
Ernst,  
Böhmer,  
Busse,  
Klocke.

Als Tagesordnung für die nächste Sitzung wurde bestimmt:

- 1) Berathung des Pressgesetzes;
- 2) die Berathung der heute zurückgesetzten Anträge;
- 3) ein Antrag des Abgeordneten Burgemeister Meyer wegen Abschaffung der Publicationen von den Canzeln.
- 4) ein Antrag des Abgeordneten Hagemeister, wegen des den Gemeinden einzuräumenden Präsentationsrechts bei Besetzung der Predigerstellen.

B. u. gen.

v. Stietencron. Ernst. Meyer.

Rosen.

23) Zum Protocoll vom 27. März.

pr. den 27. März 1848.

Gehorsamster Antrag  
von Seiten  
des Abgeordneten Oberbracht zu Siebenhöfen,  
Chausseegeld betreffend.

Ich habe schon auf dem vorigen Landtag meine Ansicht dahin ausgesprochen, daß eine gänzliche Aufhebung des Chausseegeldes für höchst zweckmäßig zu halten sein würde. Meine Meinung hierüber hat sich in der Zwischenzeit nicht geändert und zwar stützt sich dieselbe hauptsächlich darauf, daß wenigstens bei der jetzt wegen Hebung des Chausseegeldes bestehenden Einrichtung vom Publicum viel mehr bezahlt werden dürfte, als dem Staate wirklich zu gute kommt, wenn man auch die durch Entrichten des Chausseegeldes entstehende Versäumniß u. außer Berechnung läßt.

Jedenfalls aber erscheint es dringend nothwendig, die Art und Weise der Erhebung des Chausseegeldes auf billigere und gerechtere Grundsätze zurückzuführen.

Demnach stelle ich folgenden Antrag:

Die Chausseegelberhebung wird im ganzen Lande von einem noch zu bestimmenden Termine an aufgehoben.

Sollte dieser Antrag die erforderliche Majorität jedoch nicht erhalten, so schlage ich vor, daß wenigstens das Chausseegeld für Brenn- und Baumaterialien aufgehoben, mindestens auf die Hälfte herabgesetzt wird.

24) Zum Protocoll vom 27. März.

pr. den 27. März 1848.

Antrag, die Aenderung der Städteordnung betreffend  
vom Abgeordneten Böhmer aus Blemberg.

An Löbliche Stände.

Die Oeffentlichkeit, mit welcher die Lippischen Volkvertreter hinfort die allgemeinen Landesangelegenheiten berathen, muß nothwendig zur Folge haben, daß auch die Stadtverordneten, als Repräsentanten der Städtebewohner, nicht hinter verschlossenen Thüren deren Angelegenheiten berathen und besprechen dürfen. Es hat mir zur Freude gereicht, das Verlangen nach dieser Oeffentlichkeit in der Stadt, deren Abgeordneter ich zu sein die Ehre habe, von einer zahlreichen Bürgerschaft bereits lebhaft angesprochen zu sehen. —

Ich

Ich trage deshalb darauf an, daß in unserer Städteordnung noch eine gesetzliche Bestimmung aufgenommen werde, nach welcher nicht nur die Zulässigkeit der Oeffentlichkeit der Berathungen der Stadtverordneten ausgesprochen, sondern nach welcher diese Oeffentlichkeit gesetzlich befohlen werde.

Ich darf es unterlassen, meinen Antrag auf Oeffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen durch Gründe der Nothwendig- oder Nützlichkeit empfehlen und unterstützen zu wollen. —

Man soll nie etwas halb vollbringen und deshalb müssen wir, da die Oeffentlichkeit der landständischen Berathungen gesetzlich vorgeschrieben ist, diese Einrichtung auch den städtischen Berathungen nicht vorenthalten.

Sie wissen, meine Herren, wie mißtrauisch alle Versprechungen und Verheißungen leider vom Volke aufgenommen werden, lassen Sie uns daher alle Verbesserungen, deren Zweckmäßig- und Nothwendigkeit auf der Hand liegt, nicht lange hinauschieben und deshalb bitte ich Sie, unsern Durchlauchtigsten Fürsten zu bitten: „Die Oeffentlichkeit der Stadtverordneten und zwar sowohl für Versammlungen, welche sie allein, als auch für diejenigen, welche sie gemeinschaftlich mit den Magisträten halten, baldigst gesetzlich zu befehlen und für die etwa als nothwendig sich ergebenden nicht öffentlichen Berathungen diejenigen Bestimmungen, welche auch für unsere Ständerversammlung gelten werden, in Anwendung bringen zu lassen“. —

Eine Anzahl meiner Mitbürger hat auch für die Magistratsitzungen die Oeffentlichkeit gewünscht. Ich bekenne, daß ich über deren Zulässigkeit jedoch Zweifel hege, denn wenn Oeffentlichkeit auch am meisten geeignet ist, Zutrauen, ohne welches eine Verwaltung nicht bestehen kann, zu erwecken, so würde doch die Oeffentlichkeit für die Verhandlungen der Magisträte immer nur im beschränkten Maße ausgeführt werden können, während bei denen der Stadtverordneten nur selten oder gar keine Ausnahmen von der Oeffentlichkeit gemacht zu werden brauchen. Schließlich mögte ich Ihnen, meine Herren! noch empfehlen, daß im §. 38 unserer Städteordnung die Wahl der Stadtverordneten betreffend der Satz: „Die Austretenden sind sofort wieder wählbar“ gestrichen und dafür die Bestimmung gesetzt werde: daß die Austretenden erst nach Ablauf eines Jahres wieder wählbar sein sollen. —

Nach den von mir gemachten Erfahrungen war die politische Gleichgültigkeit und Trägheit in unserm Vaterlande bisher so groß, daß mancher Wähler lieber die bisherigen Stadtverordneten, wenn sie nicht von selbst aufdankten, an ihrer Stelle ließ, als sich die Mühe gab, nach frischen Kräften sich umzusehen. — Nichts ist aber der politischen Entwicklung gefährlicher, als diese Indolenz und ich erblicke zu deren Bekämpfung als  
das

das geeignetste Mittel: daß man jedes Jahr sich für die theilweise Verjüngung der Bürgerrepräsentanten nach neuen Elementen umsehen muß. — Man wird mir einwenden, daß durch die gewünschte Gesetzesänderung Mancher, welcher 3 Jahr das Ehrenamt eines Stadtverordneten bekleidet hat, dann, (selbst wenn ihn seine Mitbürger darin noch gern sehen würden) sich auf ein Jahr zurückziehen muß, und seine guten Dienste der Stadtgemeinde verloren gehen. Ich will dies zugeben, doch ist sein guter Rath, auch wenn er nicht Stadtverordneter ist, seinen Mitbürgern, unverloren. Die Nothwendigkeit, den Sinn für das Gemeinwesen zu verallgemeinern und seinen größten Feind, den Egoismus auf allen Wegen, zu bekämpfen, wird die beantragte Aenderung der Wahlordnung rechtfertigen.

Detmold den 27. März 1848.

Carl Böhmer.

25) An  
den Durchlauchtigsten Fürsten und Landesherrn.  
Untertänigstes Gurachen  
der zum Landtage versammelten Stände,  
das proponirte Gesetz über die Wehr-  
verfassung betreffend.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht danken die treuehorsaamsten Stände unterthänigst für die auf ihre Bitte erfolgte schleunige Vorlage eines Gesetzes über die Wehrverfassung des Landes.

Die in diesem Entwurfe enthaltenen Bestimmungen werden einstweilen genügen, um die Wehrverfassung für die gegenwärtigen dringenden Umstände herzustellen, und in diesem Sinne geben treuehorsaamste Stände ihre unterthänigste Zustimmung, indem sie jedoch seiner Zeit den weiteren gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich einer allgemeinen Volksbewaffnung entgegensehen. Das vorliegende Gesetz wird daher, als vorerst nur den dringendsten Anforderungen entsprechend, unter Vorbehalt weiterer Bestimmungen zu promulgiren und dieß in der Einleitung ausdrücklich hervorzuheben seyn.

Im Einzelnen hat sich zu dem Entwurfe nur zu bemerken gefunden:

Zu §. 7 und 8 wird eine Bestimmung über die Ergänzung der durch die Wahl zu Oberführern u. s. w. ausfallenden Führer erforderlich seyn.

Zu §. 15 ist zu bestimmen, daß allgemeine Requisite, als Trommeln, Hörner, Fahnen u. dgl. aus der Gemeindecasse anzuschaffen sind.

Zu §. 24 scheint es zweckmäßig, die Wahl der vier in das Wehrmanns-Gericht zu deputirenden Wehrmänner durch die Kameradschaften geschehen

schehen zu lassen, und zwar dergestalt, daß die Function der Gewählten allemal 4 Wochen dauert. Diese Bestimmung dürfte dem zweiten Absätze des §. hinzuzufügen seyn.

Ev. Hochfürstliche Durchlaucht werden unterthänigst gebeten,  
das Gesetz mit diesen Modificationen alsbald ins Leben treten  
zu lassen.

Detmold den 28. März 1848.

Die treuehorsaamsten Landstände.  
v. Stietencron. Ernst. Meyer.

Rosen.

26) An  
den Durchlauchtigsten Fürsten und Landesherren  
Unterthänigstes Gesuch  
der treuehorsaamsten Landstände,  
Ermäßigung der Salzpreise betreffend.

Ev. Hochfürstlichen Durchlaucht überreichen treuehorsaamste Stände unterthänigst einen Antrag eines ihrer Mitglieder \*) wegen Ermäßigung der Salzpreise, indem sie in Gemäßheit desselben an Ev. Hochfürstliche Durchlaucht das unterthänigste Gesuch richten,  
durch Hochfürstliche Regierung die etwa erforderlichen Verhandlungen mit der Krone Preußen zur Beseitigung der einer Ermäßigung der Salzpreise entgegenstehenden Vertrags-Bestimmungen möglichst bald einleiten und demnächst die Salzpreise auf den frühern Stand herabsetzen zu lassen.

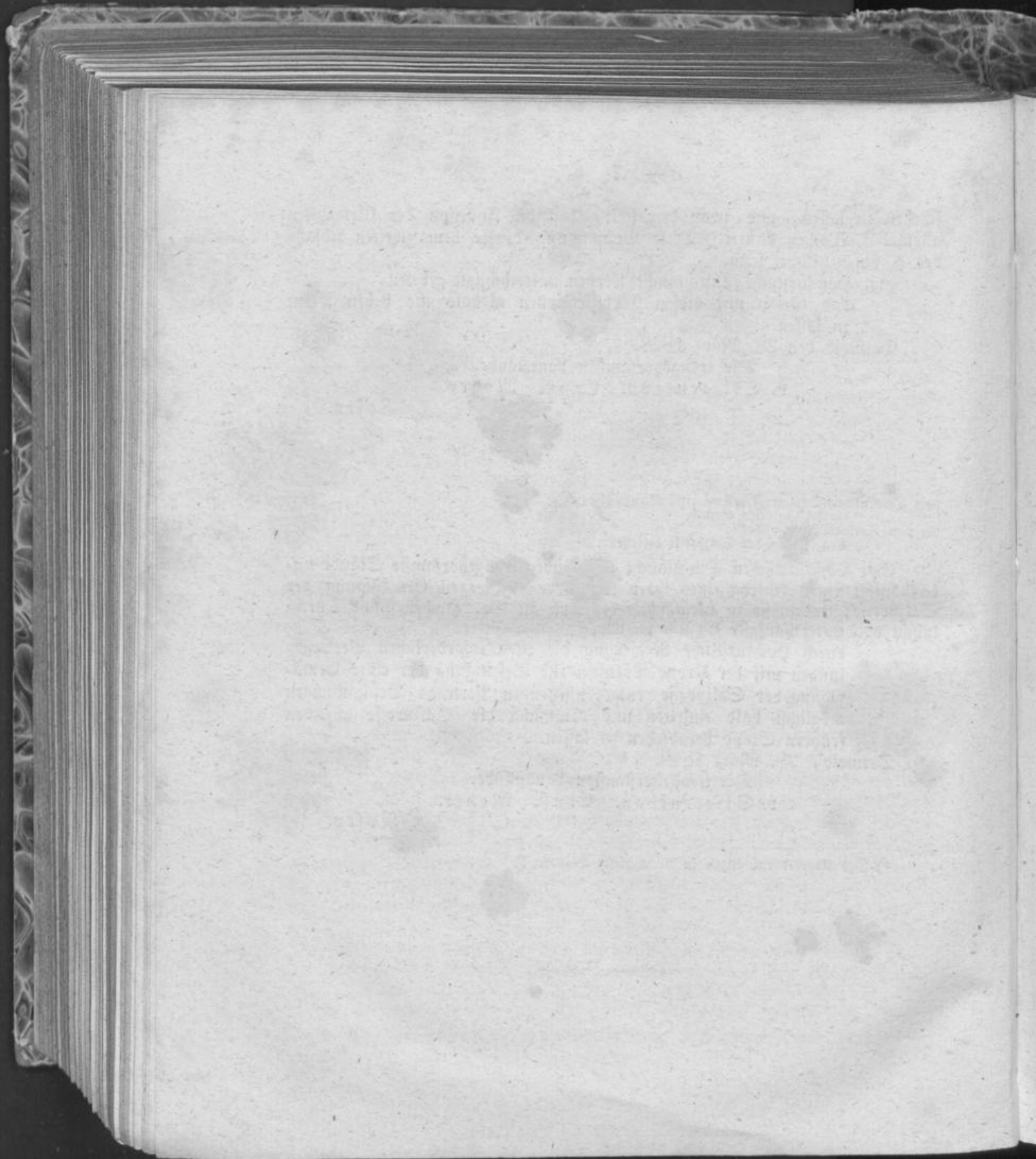
Detmold, 28. März 1848.

Die treuehorsaamsten Landstände.  
v. Stietencron. Ernst. Meyer.

Rosen.

---

\*) Des Abgeordneten Klotze in Nr. 4 dieser Blätter.



## N<sup>o</sup> 6.

# Verhandlungen

des

## Landtages des Fürstenthums Lippe.

27) An  
den Durchlauchtigsten Fürsten und Landesherren.  
Unterthänigstes Gutachten  
der zum Landtage versammelten Stände,  
zur II. Proposition, die landtägige Geschäfts-  
ordnung betreffend.

Erw. Hochfürstliche Durchlaucht haben in der zweiten höchstlandesherrlichen Proposition den treuehorsaamsten Ständen es gnädigst überlassen, eine durch die Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen bedingte neue Geschäftsordnung selbst zu entwerfen und zur Prüfung und höchstlandesherrlichen Bestätigung vorzulegen.

Die ständische Berathung hierüber hat ergeben, daß die große Mehrzahl der Bestimmungen der im Jahre 1840 vom Landtage angenommenen Geschäftsordnung auch für die öffentliche Verhandlung brauchbar ist. Treuehorsaamste Stände haben deshalb, um der Proposition zu entsprechen, die bisherige Geschäftsordnung nur einer Revision unterworfen, welche geringe Abänderungen und Zusätze als erforderlich herausgestellt hat.

Zu §. 11 hat der Zusatz zweckmäßig geschienen, daß die Tagesordnung für die folgende Sitzung jedesmal mit in das Protocoll aufzunehmen sey.

In §. 15 ist die Regel aufgestellt, daß bei der Berathung die Ordnung zu beobachten ist, in welcher die einzelnen Mitglieder das Wort verlangt haben.

Diese Regel ist an sich durchaus nothwendig. Da aber, der höchstlandesherrlichen dritten Proposition zufolge, künftig in der Regel ein Commissarius Hochfürstlicher Regierung den Sitzungen beizuhocken wird, und dessen Erklärungen und Erläuterungen in vielen Fällen die Debatte sehr abkürzen werden, so scheint es erforderlich, in dieser Hinsicht eine Ausnahme von jener Regel zu machen.

Das Gleiche hat auch für die Fälle zweckmäßig geschienen, wenn ein Mitglied der Versammlung in seinem Vortrage mißverstanden ist oder ein persönlicher Ausfall abgewiesen werden soll. Es dürfte daher ein Zusatz zu §. 15 dahin zu fassen seyn:

Die landesherrlichen Commissarien sind an die Beobachtung dieser Reihesolge nicht gebunden.

Zum Zweck der Aufklärung von Missverständnissen und der Abweisung von persönlichen Ausfällen ist eine Abweichung von der Reihenfolge der Redenden ebenfalls zulässig.

In §. 27 fällt der zweite Satz als überflüssig hinweg.

Zur nähern Bestimmung des von treugehorsamsten Ständen zu dem Gesetze wegen der Oeffentlichkeit der Verhandlungen beantragten und von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht schon genehmigten Zusatzes, nach welchem es der Versammlung frei steht, die öffentliche Sitzung unter Umständen in eine geheime zu verwandeln, scheint es angemessen, in die Geschäftsordnung eine Clausel aufzunehmen, welche einigermaßen davor sichert, daß von der gedachten Befugniß der Stände kein unnöthiger Gebrauch gemacht werde. Da aber die Fälle unmöglich genau vorher bestimmt werden können, so ist die Einschränkung ganz allgemein zu halten. Treugehorsamste Stände beantragen daher einen an passender Stelle einzuschaltenden Zusatz-Paragraphen dahin:

Die öffentliche Sitzung kann nur in eine geheime verwandelt werden, wenn zwei Drittheile der Versammlung dafür stimmen.

Endlich ist noch eine Bestimmung wegen des anzustellenden Personals erforderlich, welches auf Ordnung und Ruhe innerhalb und außerhalb des Sitzungslocals zu halten hat. Dieselbe möchte dahin zu fassen seyn:

Zur Aufrechterhaltung der Ruhe außerhalb und innerhalb des Sitzungslocals wird ein aus Bürgern bestehendes Aufsichtspersonal angestellt.

Mit diesen Modificationen wird die bisherige Geschäftsordnung einstweilen auch für die öffentlichen Sitzungen genügen.

Detmold, den 27ten März 1848.

v. Stietencron. Ernst. Meyer.

Rosen.

## 28) Landtags-Protokoll.

Actum Detmold am Landtage den 28. März 1848.

Gegenwärtig sämtliche Landstände.

### Oeffentliche Sitzung.

Regierungscommissarius: Herr Geheime-Justizkanzlei-Rath Petri.

Bei Verlesung des gestrigen Protocolls verlangte Abgeordneter Viderit, daß

daß seinem Antrage zu S. 2 des Wehrgesetz-Entwurfs noch das Motiv hinzugefügt werde, welchem Verlangen durch Beschluß der Majorität entsprochen wurde. Der Zusatz „da es sonst scheinen könnte ic.“ wurde deshalb in das Protocoll eingeschaltet.

Gestern waren bereits eingegangen:

1) durch die Post beim Vorsitzenden eine Petition von Bewohnern der Stadt Lemgo, ein neues Wahlgesetz betreffend.

2) in gleicher Weise eine Petition von Bewohnern des Dorfs Bräke, denselben Gegenstand betreffend.

3) durch den Abgeordneten Hildebrand war übergeben, eine Petition von Bürgern der Stadt Lage, wegen Bürgerbewaffnung und einer Reform der Repräsentativ-Verfassung.

4) durch den Abgeordneten Ernst eine Petition des Stadtverordneten-Collegiums zu Lemgo, die Verwendung der Zollrevenueu betreffend.

Heute wurde übergeben:

1) vom Vorsitzenden eine Petition von Eingefessenen zu Lürdissen, Reform der Repräsentativ-Verfassung betreffend.

2) vom Abgeordneten Schierenberg eine Petition der Bewohner der Stadt und des Amts Horn, denselben Gegenstand und Auflösung des gegenwärtigen Landtags betreffend.

3) durch den Abgeordneten Capellen eine Petition des Stadtverordneten-Collegiums zu Nien, die Reform der Repräsentativ-Verfassung betreffend.

4) durch den Abgeordneten Klocke eine Petition einiger Bewohner von Bavenhausen, wegen Ausweisung von Land der Meierei Breba zum Leinsäen.

Man schritt sodann zur Berathung der vierten Proposition, das Pressegesetz betreffend.

Es wurde zunächst p. maj. beschlossen, das Gesetz seinem ganzen Umfange nach vorzulesen.

Nachdem dieß geschehen und auch der auf die Proposition IV. bezügliche passus des Begleitschreibens Fürstlicher Regierung vom 23ten huj. verlesen war, stellte der Abgeordnete Meyer zunächst den Antrag:

das vorgelegte Gesetz ohne Discussion im Einzelnen abzulehnen, weil es rathsam sey, die Prüfung des Pressegesetzes der künftigen Volksrepräsentation zu überlassen und bis dahin die Bestimmung genüge, daß die Censur aufgehoben sey und Pressvergehen nach den bestehenden Gesetzen bestraft würden, weil ferner Bestimmungen in dem Entwurfe enthalten seyen, welche den Anforderungen der Zeit nicht entsprächen und ein Verfahren für

die Untersuchung vorgeschrieben sey, wozu es an den erforderlichen Institutionen bislang fehle.

Der Herr Regierungscommissarius erklärte im Wesentlichen, daß kein Grund vorhanden sey, die Verathung dieses, zuerst im Großherzogthum Baden angenommenen Gesetzes, welches bei der Pressgesetzgebung mehrerer andern Staaten zum Grunde gelegt sey und ferner zum Grunde gelegt werden würde, aufzuschieben und einem künftigen Landtage zu überlassen, es sey vielmehr wünschenswerth, sofort eine bestimmte Norm über die Verhältnisse der Presse zu haben; etwaige Erinnerungen gegen das Gesetz im Einzelnen würden von der Regierung berücksichtigt werden und das in dem Gesetze vorgeschriebene Verfahren zur Untersuchung der Pressvergehen diene als eine sehr zweckmäßige Anbahnung für das öffentliche Strafverfahren mit Schwurgerichten.

Es entspann sich hierüber eine längere Discussion, an welcher außer dem Herrn Commissarius die Abgeordneten Dr. Meyer, Schierenberg, Ernst, Hildebrand, Piderit, von Reden Theil nahmen, von denen namentlich der Abgeordnete Ernst vortrug, daß das Gesetz jedenfalls im Einzelnen geprüft werden müsse und daß erst am Schlusse darüber abzustimmen sey, ob das ganze Gesetz abgelehnt werden solle oder nicht.

Im Laufe der Debatte wurde vom Abgeordneten Hildebrand der weitere Antrag gestellt:

das proponirte besondere Pressgesetz abzulehnen, weil der Begriff eines Pressvergehens an und für sich überhaupt nicht existire; dagegen die durch die höchste Proclamation vom 9ten März von Serenissimo gegebene Erklärung: „Die Presse haben Wir durch eine gestern erlassene Verordnung in unserm Lande für frei erklärt“ dankbar anzunehmen und dieser Verordnung nachträglich die ständische Zustimmung zu ertheilen.

Es wurde sodann zuerst über diesen Antrag abgestimmt. Derselbe wurde per majora (19 — 2) abgelehnt.

Das Gleiche geschah hierauf hinsichtlich des Antrags des Abgeordneten Dr. Meyer, (17 — 4) und ging man deshalb zur Discussion des Gesetzes-Entwurfs im Einzelnen über.

Zu §. 6 beantragte der Abgeordnete Dr. Meyer, für den Redacteur einer Zeitschrift ein Lebensalter von 25 Jahren für genügend zu erklären.

Der Antrag wurde angenommen.

Zu §. 7 beantragte derselbe Abgeordnete, daß die Kosten den Entschädigungsausprüchen nachzusetzen seyen.

per majora angenommen.

Zu

Zu S. 8 wurde von demselben die Streichung des ganzen Paragraphen beantragt. Die Majorität (15 — 9) war aber für den Entwurf.

Zu S. 12 — 16 beantragte der Abgeordnete Ernst die Streichung dieser Bestimmungen. Die Versammlung stimmte ihm einhellig bei, weil anzunehmen sey, daß den in dem Bundestagsbeschlusse vom 3ten März c. gebotenen Garantien schon durch das Preßgesetz selbst Genüge geleistet sey.

Zu S. 17 fällt der letzte Absatz in Folge des vorhergehenden Beschlusses hinweg.

Die Berathung wurde am Schlusse des ersten Titels abgebrochen.

Es kam hierauf der Antrag des Abgeordneten Böhmer wegen Abänderung der Städteordnung wieder zur Berathung. Derselbe wurde vom Antragsteller dahin gefaßt,

Serenissimum um eine Abänderung der Städteordnung dahin zu bitten, daß die Stadtverordneten-Collegien gehalten seyen, ihre Sitzungen, und sowohl ihre eignen als die mit dem Magistrate gemeinschaftlichen künftig öffentlich zu halten, und eine Verwandlung in geheime Sitzungen nur wenn  $\frac{2}{3}$  der Versammlung dafür stimmen, zuzulassen.

Der Abgeordnete Schierenberg schloß sich diesem Antrage mit der Modification an, daß Serenissimus zunächst um eine diesem Anträge entsprechende Proposition für diesen Landtag zu ersuchen sey.

Der Abgeordnete Böhmer trat dieser Modification bei und wurde so der Antrag unan. angenommen.

Der Abgeordnete Piderit meldete darauf einen Antrag im gleichen Sinne auf die Sitzungen der Magistrate und Gemeinderathsversammlungen bezüglich, für die nächste Landtagsitzung an.

Zur Tagesordnung wurde die Fortsetzung in der Berathung des Preßgesetzes und der heute noch nicht erledigten Anträge bestimmt.

B. u. gen.

Rosen.

---

29) Vorbehaltene zwei Separatvota zum  
Protocoll vom 24. März.

Zwei Gründe waren es, welche mich bestimmten, allermöglichst dahin zu streben: daß nicht mehr in geheimen Sitzungen ständische Beschließungen zu Stande kämen, sondern vielmehr die Sitzungen öffentlich wären. Der  
eine

eine Grund besteht aus folgenden zwei Momenten: im Allgemeinen ist die Oeffentlichkeit der Sitzung ein außerordentlich erfolgreiches Mittel für die Vereinbarung einer Versammlung zu Gunsten der Anforderungen unserer Zeit, und ferner hatte ich aus der Abendsitzung vom 23. März sehr zu fürchten gelernt, daß auch nicht das Mittel der namentlichen Abstimmung genügte, den Majoritätsbeschluß zu Wege zu bringen gegen Verkümmern der Regierungsseitig vorliegenden und dem Höchstlandesherrlichen Patent vom 9ten März nur entsprechenden Propositionen. (Ich bin in dieser Rücksicht nämlich noch immer meiner in der Sitzung vom 23sten März ausdrücklich ausgesprochenen Ansicht: alle Beschränkungsbezugniß hinsichtlich der Oeffentlichkeit der Ständischen Verhandlungen konnte nur zur Geschäftsordnung in Frage zu stellen sein).

Der andere Grund aber, weshalb ich öffentliche Verhandlungen statt der geheimen so dringend zu erstreben suchte, war die gewisse Kunde davon, daß ein großes Publikum bei Verschiebung der öffentlichen Sitzungen sich unangenehm getäuscht fände.

Darum beantragte ich Bitte um Vertagung bis dahin, wo die Sitzung sollte öffentlich sein können.

Nachdem die hiernächst angeknüpften halben Maßregeln doch auch zu einem genügsamen Resultate geführt haben, bin ich — — ganz zufrieden. Vorher aber konnte man das nicht wissen.

Mein zweites Separatvotum gegen nachträgliche Anführung eines Motivs für ein Abstimmungs-Resultat ist im Allgemeinen sehr bedenklich, besonders wenn es ohne Discussion von einem Einzelnen br. m., wie in casu der Fall gewesen, direct zu Protocoll gegeben werden will. Im besonderen Falle aber ist mir das zur Beschönigung des Abstimmungsergebnisses eingeschaltet erscheinende Motiv gar nicht das wichtigste und für mein Theil gar nicht das entscheidende. Denn durch die beantragte gewesene Einschaltung dahin:

„daß die landesherrlichen Commissarien kein Stimmrecht auszuüben hätten“

würde es geschehen haben, daß diese Negative die Grenze bezeichnen sollte für die Befugnisse der Regierungscommissarien. Und dann hätten diese Alles gehabt nur nicht Stimmrecht.

Daß die Regierungs-Commissarien keine Stimme haben versteht sich zu sehr von selbst, als daß es nur hätte zur Sprache gebracht werden können. Es könnten sonst zwei und zwanzig Regierungscommissarien uns überstimmen. Es ist aber vielleicht noch mehr ihnen abzusprechen. Darum mußte es unbedingt und ohne Einschaltung eines einseitigen Motivs bei der  
Pro=

Proposition bleiben, worin es nur heißt: die Mitglieder unserer Regierung sind befugt, den Verhandlungen der Stände beizuwohnen und an ihren Berathungen Theil zu nehmen.

Hildebrand.

30) An  
den Durchlauchtigsten Fürsten und Landesherren.

Unterthänigste Erklärung  
der treuehorsaamsten zum Landtage versammelten Stände,  
die Vorbereitung eines neuen Wahlgesetzes  
betreffend.

Nach dem Inhalte des Erlasses Hochfürstlicher Regierung vom 23. d. M. wünscht letztere sich zunächst mit den Ständen über die Grundzüge zu den Bestimmungen und Einrichtungen zu vereinigen, welche erforderlich sind, um die in dem höchsten Patente vom 9. huj. ausgedrückten landesväterlichen Absichten Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht in Beziehung auf die Verbesserung der landständischen Verfassung weiter in's Leben treten zu lassen.

Um diesem Wunsche der Hochfürstlichen Regierung zu entsprechen, haben treuehorsaamste Stände auf den Vorschlag des Herrn Regierungscommissarius eine Commission bestehend aus den Abgeordneten von Stietencron, von Neden, Böhmer, Ernst, Busse und Klocke mit dem Auftrage ernannt, mit der Regierung zunächst und vorzugsweise zur Entwerfung eines Gesetzes über die Wahl von Abgeordneten in Verhandlung zu treten und eine möglichst bald dem Landtage zu eröffnende Proposition vorzubereiten.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht bitten treuehorsaamste Stände unterthänigst,

die gedachten Verhandlungen sofort mit Zuziehung der ständischen Commissarien einleiten, und demnächst, so bald als irgend thunlich, dem Landtage eine Proposition zugehen zu lassen.

Detmold den 28. März 1848.

Die treuehorsaamsten Landstände.  
v. Stietencron. Ernst. Meyer.

Rosen.

31) An

den Durchlachtigsten Fürsten und Landesherren.

Unterrhänigstes Gesuch  
der zum Landtage versammelten Stände,  
die Aufhebung des Einlieger-Geldes betreffend.

Auf dem Landtage von 1843 wurde auf Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht höchste Proposition beschlossen und im Landtagsabschiede vom 15ten Februar ej. a. höchstlandesherrlich genehmigt, daß das Einliegergeld, welches bis dahin an Fürstliche Rentcammer gezahlt werden mußte, gegen Entschädigung die letztere aus der Landcasse den Einliegern zur Hälfte erlassen, zur andern Hälfte aber den Communalcassen überwiesen werden sollte. Durch die Verordnung vom 18ten April 1843 wurde dieß gesetzlich bestimmt und wird demnach jetzt von den Einliegern noch eine Abgabe von 15 Sgr. jährlich für die Communalcassen erhoben.

Treuehorsaamste Stände glauben, daß es an der Zeit sey, diese ihrem Grunde nach unpassende Abgabe nunmehr auch zur andern Hälfte ganz aufzuheben.

Sie bitten daher unterthänigst, daß Ew. Hochfürstliche Durchlaucht gnädigst geruhen wollen, über die Art und Weise wie die Aufhebung des Einliegergeldes zu ermöghchen ist, durch Hochfürstliche Regierung eine sorgfältige Untersuchung anstellen und sodann die entsprechende Proposition zu einer gesetzlichen Bestimmung dem Landtage eröffnen zu lassen.

Detmold, den 29ten März 1848.

Die treuehorsaamsten Landstände.

v. Stietencron. Ernst. Meyer.

Rosen.

No. 7.  
Verhandlungen  
des  
Landtages des Fürstenthums Lippe.

---

32) Landtags-Protokoll.

---

Actum Detmold am Landtage den 29. März 1848.

Sämmtliche Mitglieder gegenwärtig.

**Öeffentliche Sitzung.**

Regierungscommissarius: Herr Geh. Justizcanzlei-Rath Petri.

Nach Verlesung des gestrigen Protocolls bemerkte der Abgeordnete Dr. Meyer, daß sein bei Eröffnung der Discussion über das Preßgesetz gestellter Antrag nicht bloß darin bestanden habe, das Gesetz ohne Discussion im Einzelnen abzulehnen, sondern zugleich darin, daß er beantragt habe, ein Gesetz in Hinsicht auf die Presse zu erlassen, welches aus den 3 Sätzen bestehen könne:

- 1) die Censur ist aufgehoben;
- 2) Preßvergehen werden nach den bestehenden Gesetzen bestraft;
- 3) Redacteurs einer Zeitschrift sind verantwortlich und haben eine Caution von einer gewissen Summe zu bestellen. —

Er behalte sich vor, auf diesen zweiten Theil seines Antrags zurück zu kommen, wenn nach vollendeter Discussion im Einzelnen das vorgelegte Gesetz abgelehnt werden sollte.

Die Niederlegung dieser Erklärung im heutigen Protocolle wurde genehmigt.

Der Herr Regierungs-Commissarius eröffnete, daß die ständische Commission, nachdem er Fürstl. Regierung von dem desfallsigen Beschlusse der Ständeversammlung in Kenntniß gesetzt, schon heute mit Fürstl. Regierung wegen Vorbereitung einer Proposition in Betreff eines Wahlgesetzes in Verhandlung treten könne.

Der Abgeordnete Hildebrand verlas und übergab seine in der Sitzung vom 24. huj. vorbehaltenen Separatvota, welche ad acta genommen wurden.

Derselbe meldete sodann einen Antrag wegen einer in den Landtagsprotocollen enthaltenen Persönlichkeit an.

Es wurde zur Tagesordnung übergegangen und in der Berathung des Pressgesetz-Entwurfs fortgeföhren.

Zu §. 21 beantragte der Abgeordnete Ernst, daß die Fälle in welchen der Richter befugt sey, die Unterdrückung zu verfügen, genau anzugeben seyn, da sonst der richterlichen Willkühr zu viel Spielraum bleibe.

Per majora wurde aber beschlossen, daß auf den Antrag nicht einzugehen sey, da eine bestimmte abgeänderte Fassung des §. nicht in Vorschlag gebracht worden.

Zu §. 22 sub 3 ist das (;) nach dem Worte „Vorlagen“ zu setzen und hinter „ist“ zu streichen.

Zu §. 23 beantragte Abgeordneter Dr. Meyer, die Bestimmung sub nr. 1 als unklar zu streichen.

Per majora abgelehnt.

Zu §. 26. Derselbe Abgeordnete beantragte als Zusatz am Ende des §. die Worte „vorbehältlich der Rechtszuständigkeiten des Verletzten.“

Per majora abgelehnt.

Der Herr Regierungs-Commissarius bemerkte, daß in dem badischen Pressgesetze am Anfang des Titels III. Cap. 2 die Bestimmung enthalten, daß über Pressvergehen durch Schwurgerichte zu entscheiden sey. Er gebe anheim, ob die Stände-Versammlung eine gleiche Bestimmung beantragen wollte. Der folgende, das Proceßverfahren behandelnde Titel werde sich dann danach modificiren und eine transitorische Bestimmung bis zur Einführung der Schwurgerichte nöthig machen.

Diesem Vorschlage wurde beigestimmt und wäre darnach zum §. 38 ein Zusatz einzuschalten, dahin lautend:

Ueber Schuld oder Unschuld bei Pressvergehen entscheiden Geschworne.

Es würde sodann ein §. folgenden Inhalts folgen:

Bis das Schwurgericht, welches über Pressverbrechen und Pressvergehen zu erkennen hat, seine Ausbildung erhalten haben wird, gelten für die Beschlagnahme und das Strafverfahren in Presssachen folgende Bestimmungen.

Zu §. 30. 2. Diese Bestimmung wurde auf Dr. Meyer's Antrag gestrichen.

Zu

Zu §. 31 ist in Folge dessen auf v. Reden's Antrag hinzuzufügen, daß sich auch die Polizei-Behörde an das Gericht zu wenden befugt ist.

Zu §. 39. Diese Bestimmung ist ebenfalls noch einzuschalten und mit dem passus hinsichtlich der Geschwornen zu verbinden.

Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes geben zu keinen Abänderungen Anlaß.

Der Abgeordnete Dr. Meyer wiederholte nunmehr den zu Eingang dieses Protocolls erwähnten zweiten Theil seines Antrags, worüber sich eine längere Discussion entspann.

Es wurde sodann die Frage gestellt, ob das Gesetz mit den zu den einzelnen §§. beschlossenen Modificationen anzunehmen sey oder nicht?

Die Frage wurde von 11 Stimmen bejaht und von 10 Stimmen verneint, mithin war die Annahme des Gesetzes ausgesprochen.

Der Abgeordnete Hildebrand verlas hierauf den oben angekündigten Antrag wegen Berichtigung des passus im Prot. vom 25ten, wo es heißt, der Antrag des Abgeordneten Hildebrand auf namentliche Abstimmung über den auf Aufhebung des Einliegergeldes gerichteten Antrag sey abgelehnt.

Die Sitzung wurde aufgehoben.

In morgender Sitzung wird in der heutigen Tagesordnung fortgefahren.

V. u. gen.

v. Stietencron. Ernst. Meyer.

Rosen.

33)

Eingegangen den 30ten März 1848.

Löblichen Ständen wird der ad Serenissimum erstattete Bericht des Bundestags-Gesandten, Freiherrn von Holzhausen, vom 23. d. M., Ausrüstung und Marschfertighaltung des Bundes-Contingents betreffend, in Abschrift mitgetheilt.

Da nun dieser Aufforderung der Bundes-Versammlung unverzüglich Folge zu geben seyn wird; so bedarf die Militaircasse zu ihrer etatsmäßigen Einnahme eines ausreichenden Zuschusses und werden löbliche Stände nomine Serenissimi ersucht, sich über dessen Aufbringung erforderlichen Falls im Betrage von 20 bis 25,000 Rthl. gefälligst zu erklären.

Detmold, den 28. März 1848.

Fürstlich Lippische Regierung.  
Petri.

34)

Durchlachtigster Fürst,  
Gnädigster Fürst und Herr!

Die Bundesversammlung hat so eben beschlossen:

- 1) Daß Preußen die Besatzung von Luxemburg auf die volle Kriegsstärke von 7000 Mann erhöhe, und sobald es geschehen, es sogleich anzeige.
- 2) Daß Lippe, Schaumburg-Lippe und Waldeck ihre zur Kriegsbesatzung von Luxemburg gehörigen Contingente, von zusammen 1450 Mann sofort in marschfertigen Zustand setzen, um, Falls Preußen die Vertretung dieser Contingente in Luxemburg ferner nicht übernehmen wollte, sofort dahin abzugehen.

Die Bundesversammlung sieht der Anzeige entgegen, wann diese drei Contingente marschfertig sind.

- 3) Preußen hat sich mit den Regierungen der drei Contingente in's Einvernehmen zu setzen, damit, Falls es die Vertretung derselben in Luxemburg ferner übernehmen wolle, wegen der anderweiten Verwendung dieser Contingente eine Einigung statt finde.

Geruhen Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht mich hierüber mit den gnädigsten Weisungen unverzüglich zu versehen.

Frankfurt, den 23ten März 1848.

Freiherr von Holzhausen.

---

N<sup>o</sup> 8.  
**Verhandlungen**  
des  
**Landtages des Fürstenthums Lippe.**

---

35) Landtags-Protokoll.

---

Actum Detmold am Landtage den 30. März 1848.

Gegenwärtig sämtliche Mitglieder.

**Öffentliche Sitzung.**

Regierungscommissarius: Herr Geheime-Justizcanzlei-Rath Petri.

Der Abgeordnete v. Reden erklärte bei'm Anfang der Sitzung, nachdem das gestrige Protocoll verlesen war, daß er den, nach Ablesung des Antrags des Abgeordneten Hildebrand zu Ende der vorigen Sitzung gegen diesen gebrauchten Ausdruck der Lüge hinsichtlich dessen, was ic. Hildebrand über seine, des Abgeordneten v. Reden, gemachten Aeußerungen bei Berathung des Antrags wegen Aufhebung des Einliegergeldes gesagt, hiermit, als den Verhältnissen unangemessen, öffentlich zurücknehme.

Der Abgeordnete Hildebrand trug vor, daß ihm diese Erklärung nicht genüge, sondern daß er wegen der ihm widerfahrenen Injurie das Criminalgericht angehen werde. Uebrigens habe er bei Fürstl. Regierung seinen Austritt aus der Ständeverammlung angezeigt und werde er deshalb fernerhin an den Verhandlungen keinen Antheil nehmen.

Derselbe verließ hierauf die Versammlung.

Es wurde zunächst der Beschluß gefaßt, Fürstl. Regierung von dieser Erklärung des ic. Hildebrand zu benachrichtigen und die Einberufung des Stellvertreters anheim zu geben.

Es wurden dann folgende Petitionen übergeben:

1) vom Abgeordneten Klocke:

- a. eine Petition der Einwohner von Hohenhausen, wegen Wahlreform;
- b. desgl. von Barenholz;
- c. desgl. von Langenholzhausen.

- 2) vom Abgeordneten Schönlan:  
eine Petition von Einwohnern der Bauerschaft Hornoldendorf, Abstellung verschiedener den Ackerbau belästigender Uebelstände betr.
- 3) vom Abgeordneten Basse:  
eine Petition der Bewohner von Heiden, Gebühren für die Ausfertigung von Pässen betr.
- 4) vom Abgeordneten Piderit:  
eine Vorstellung der Posthalterin Korf in Nischenau wegen Verlegung der Chaussee bei Niese;
- 5) vom Abgeordneten Schierenberg:  
Gesuch der Bewohner des Amtes und der Stadt Horn, wegen Wahlreformen;
- 6) vom Abgeordneten Capellen:  
Gesuch des Schuhmacher-Amtes zu Uflen, die Aufrechterhaltung der Zunftverfassung betr.
- 7) vom Abgeordneten Oberbracht:
  - a. ein Gesuch der Ortsvorsteher in Brakelsiek, verschiedene Gegenstände betr.
  - b. ein Gesuch von Handwerkern im Dorfe Summerfen, Gewerbesteuer betr.
  - c. Gesuch von Einwohnern und Vorstehern der Dorfschaft Lothe, verschiedene Gegenstände betr.
  - d. desgl. von Nischenau;
  - e. Gesuch des Magistrats und der Stadtverordneten zu Schwalenberg, Chaussee-Verhältnisse betr.
- 8) Durch die Post war dem Vorsitzenden zugegangen:  
eine Petition von Eingefessenen zu Barntrup, die Wahlreform betr.
- 9) der Abgeordnete Müller hat schon gestern übergeben:  
eine Petition einer Anzahl von Einliegern im Amte Derlinghausen, wegen Berücksichtigung und Verbesserung ihrer gedrückten Lage.

Der Abgeordnete Hagemeister verlas dann einen Antrag auf alleinige Berathung eines neuen Wahlgesetzes, an welchen sich der Abgeordnete Schierenberg mit der Modification anschloß, daß sämtliche noch angemeldete Anträge besondern Inhalts einstweilen zurückgezogen werden möchten und daß man zunächst die V. Proposition berathen, sodann aber unverweilt und allein sich mit dem Wahlgesetze beschäftigen möge.

Die Versammlung trat diesem Antrage bei und erklärten die Abgeordneten Oberbracht und Klocke, daß sie die angemeldeten Anträge wegen Aufhebung des Chausseegelds und wegen der Kirchen- und Schulbauten zurück-

zurückziehen wollten. Der Abgeordnete Klocke übergab seinen Antrag zu den Acten.

Der Vorsitzende machte dann Mittheilung

1) von einem Erlasse Fürstl. Regierung vom 28ten nebst anl. Schreiben des diesseitigen Bundestags-Gesandten, die Mobilmachung des Bundescontingents betr.

2) von einem Erlasse Fürstl. Regierung von demselben Tage, die von der Stadt Lippstadt bei Serenissimo gestellten Anträge auf Vertretung am Landtage u. s. w.

Der Herr Regierungscommissarius Justizkanzlei-Rath Petri fand sich jetzt in der Versammlung ein und ging man zur Berathung der V. Proposition, die entscheidende Stimme der Stände bei der Gesetzgebung betr. über.

Der Abgeordnete v. Reden stellte den Antrag:

die Proposition, soweit sie nicht mit der in Hinsicht auf diesen Gegenstand bereits in der höchsten Proclamation vom 9ten März ertheilten Zusicherung übereinstimmt, abzulehnen, dahingegen die gedachte Anerkennung der verfassungsmäßigen Rechte der Landstände in Finanzangelegenheiten und die ihnen zustehende entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung, zu acceptiren.

Ueber diesen Antrag und die Frage, ob das von den Ständen in Anspruch genommene entscheidende Stimmrecht durch den §. 1 des vorgelegten Gesetz-Entwurfs genügend klar ausgesprochen sey, wurde eine ausführliche Erörterung gepflogen.

Der Herr Regierungs-Commissarius eröffnete endlich den Vorschlag, die Stände möchten sich mit dem §. 2 des Entwurfs einverstanden erklären und hinsichtlich des §. 1 noch eine bestimmtere Fassung bei der Regierung beantragen, in welchem Falle letztere, wie er glaube, eine andere Form des Gesetzes vorlegen werde.

Diesem Vorschlage pflichtete die Versammlung bei. Der Abgeordnete v. Reden nahm seinen obigen Antrag vorläufig zurück.

Der Herr Regierungs-Commissarius erklärte, auf Befragen durch den Vorsitzenden, daß die Vorlage wegen des neuen Wahlgesetzes vielleicht noch heute an die Stände gelangen werde.

Da für heute keine andere Geschäfte mehr zu erledigen waren, so kam man auf die einstweilen zurückgelegten Anträge einzelner Abgeordneten zurück, und zwar

1) auf den vom Abgeordneten Piderit angemeldeten Antrag wegen Definitivität der Magistrats- und Gemeinderaths-Sitzungen. Der Abgeordnete richtete diesen Antrag auf gleichmäßige Ausdehnung des hinsichtlich der

Stadtverordneten-Versammlungen gefaßten Beschlusses auf die Sitzungen der Magistrate und Gemeinderäthe.

Der Antrag wurde in Hinsicht auf letztere einstimmig angenommen, in Hinsicht auf die Magistrate jedoch per majora hauptsächlich aus dem Grunde abgelehnt, weil es Bedenken erregte, daß die Magistrate gezwungen seyn sollten, ihre Sitzungen öffentlich zu halten.

Die Abgeordneten Böhmer und Schierenberg meldeten aber einen den vorstehenden etwas modificirenden Antrag für die nächste Sitzung an.

2) Der Antrag des Abgeordneten Böhmer wegen der Wiederwählbarkeit der Stadtverordneten, resp. einer Abänderung des §. 38 der Städte-Ordnung wurde abgelehnt.

3) Der Abgeordnete Dr. Meyer verlas und übergab dann einen Antrag wegen Aufhebung des Schulgeldes und Entschädigung der Schullehrer aus der Landcasse, bevorwortete aber dabei, daß er bei dem Niederschreiben nicht habe wissen können, daß der Landcasse eine bedeutende Ausgabe für das Bundescontingent bevorstehe, wovon er erst durch den heute eröffneten Regierungserlaß in Kenntniß gesetzt worden.

Die Versammlung stimmte dem Antrage dem Principe nach bei, fand jedoch ebenfalls nach der heute eingegangenen Mittheilung der Regierung Bedenken darauf einzugehen und nachdem der Herr Regierungs-Commissarius noch erklärt hatte, daß der in dem Antrage behauptete Cassenbestand in Wirklichkeit nicht vorhanden sey, was die Ausschußdeputirten v. Stietencron und Ernst bestätigten, nahm der Antragsteller seinen Antrag zurück.

4) Ein vom Abgeordneten Burgemeister Meyer gestellter Antrag wegen Abschaffung der Bekanntmachungen von den Canzeln wurde einstimmig genehmigt.

Zur Tagesordnung für die nächste Sitzung wurde die Berathung über das erwartete Wahlgesetz bestimmt.

B. u. g.

v. Stietencron. Ernst. Meyer.

Rosen.

36) An  
die hochgeehrte Ständeversammlung.

Antrag  
des Abgeordneten Hagemeister  
auf alleinige Berathung eines  
neuen Wahlgesetzes.

Ich bin von dem Bewußtsein durchdrungen, daß das, was bis jetzt am gegenwärtigen Landtage verhandelt worden, nicht zur Beruhigung der uns allen theuern Mitbürger des Lippischen Landes geführt hat. Ja wer wie ich, seit gestern mit den Bewohnern aus verschiedenen Gegenden des Landes gesprochen hat, und die Forderungen des Volkes kennt, der wird zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß die Unzufriedenheit von neuem mit jedem Tage zunimmt, wenn nicht vor allem andern zuerst ein neues Wahlgesetz berathen wird. Man werfe mir nicht vor, daß dies nur von einzelnen Schreibern, oder communistischen Ansichten ausgehe. Dieß muß ich entschieden ablehnen; ich bin mir bewußt, daß ich derartigen Grundsätzen nicht huldige, und bitte Gott, daß er mich auch ferner davor bewahren möge. Das weiß ich aber, daß ich den Wunsch von Tausend und abertausend achtbaren Mitbürgern, welchen das Wohl des Landes am Herzen liegt, ausspreche, wenn ich verlange, daß nur allein über ein neues Wahlgesetz berathen wird, damit noch in dieser Woche der gegenwärtige Landtag geschlossen werden kann.

Ich stelle deshalb meinen Antrag dahin, daß sofort mit den Berathungen eines neuen Wahlgesetzes angefangen wird, wonach künftig eine allgemeine Volksvertretung statt findet.

Detmold den 30. März 1848.

Hagemeister.

37) Antrag  
wegen Abschaffung der Publicationen  
von den Kanzeln.

Seit undenklichen Zeiten ist es im hiesigen Lande Gebrauch, daß auf Requisition der Behörden oder auf Nachsuchen von Privatpersonen allerlei Publicationen durch die Prediger von den Kanzeln herab vollzogen werden. Dieß scheint dem jetzigen Zeitgeiste nach durchaus unpassend und unzweckmäßig. Einestheils liegt eine Entwürdigung des Gotteshauses und ein zu schneller Uebergang des Predigers vom Gottesworte zu weltlichem Handel darin, anderentheils kann die Moralität der durch Unglück oder Zufälligkeit in Vermögensverfall gerathenen Personen untergraben werden. Sie müssen längere Zeit das Gotteshaus meiden, zu welchem sich Manche in ihrer unglück-

unglücklichen Lage hingezogen fühlen, wenn sie nicht mit eigenen Ohren an-  
hören wollen, daß ihre Gläubiger zusammenberufen und ihre Grundgüter  
verkauft werden. Nicht allein die eigene Familie, sondern auch die näch-  
sten und entfernten Anverwandten werden schmerzlich davon ergriffen und  
ebenfalls vom Besuche der Kirche zurückgehalten, und zwar mitunter auf  
lange Zeit, da gewöhnlich Concursverkäufe in großen Zwischenräumen ge-  
schehen — und ein halbes Jahr damit hingehen kann, ehe der dritte Ver-  
kaufstermin angesetzt und publicirt wird.

Ich muß daher auf Abstellung dringend antragen. Es sind Mittel  
und Wege genug vorhanden, derartige Bekanntmachungen zu veröffentlichen.  
Reicht solche durch die Anzeigeblätter, durch Ansagen und durch Ausruf,  
auch auf dem Lande durch Bekanntmachung in den Schulen, nicht aus, so  
suche man einen anderen geeigneten Ort zu finden, etwa nach beendigtem  
Gottesdienste durch Ablesung vor der Kirche oder durch Anschlag.

Detmold den 27. März 1848.

Meyer.

38) An  
die hohe Ständeversammlung.  
Vortrag  
des Abgeordneten Dr. juris Meyer,  
Aufhebung des Schulgeldes und  
Entschädigung der Schullehrer  
aus der Landcasse betr.

Das Einkommen der Schullehrer wird gebildet theils durch fixen Gehalt,  
theils durch das Schulgeld und theils durch Realprästationen der Grund-  
besitzer. Dieses letztere Einkommen der Schullehrer wird bald im ganzen  
Lande durch das Ablösungsgesetz in einen fixen Gehalt umgewandelt seyn.

Die Erhebung des Schulgeldes ist durch eine Verordnung von 1783  
regulirt worden. Das Schulgeld wird durch die Bauerrichter gehoben und  
an die Amtsrendanten abgeliefert, von diesen muß es an den Consistorial-  
rendanten eingesandt werden, welcher dann endlich dasselbe an die Schulleh-  
rer vertheilt. — Wenn gleich durch diese Vereinnahmung der Uebelstand,  
daß die Schullehrer das Schulgeld direct erheben, beseitigt ist, so hat sie  
doch das Nachtheilige, daß das Schulgeld erst, sehr vermindert durch die  
Hebungsgebühren, in die Hände der Schullehrer kommt. Auch die große  
Ungleichheit des Schulgeldes in verschiedenen Districten des Landes hat zu  
vielfachen Beschwerden Veranlassung gegeben. — Vom Consistorium ist zwar  
auf früheren Landtagen die Zusicherung ertheilt, bei der Regierung eine  
Pro-

Proposition über die Gleichstellung des Schulgeldes im ganzen Lande zu veranlassen, dieselbe scheint aber auf unbefiegbare Schwierigkeiten zu stoßen.

Schon aus diesen Gründen ist die Aufhebung des Schulgeldes und die Entschädigung der Schullehrer aus der Landcasse im hohen Grade wünschenswerth. Es treten aber noch andere bei weitem wichtigere Motive hinzu.

Das Schulgeld ist zwar für die wohlhabenderen Bewohner unseres Landes eine unbedeutende Abgabe, dagegen aber im hohen Grade drückend für unsere Einlieger, Besitzer kleiner Colonate und Handwerker, namentlich wenn sie viele Kinder zur Schule zu schicken haben. — Diese Classen unserer Bevölkerung leiden vorzugsweise unter dem Druck der jetzigen Verhältnisse. Es sind ihnen durch den Zollanschluß bedeutende indirecte Ausgaben aufgebürdet, der Linnen- und Garnhandel verschlechtert sich von Jahr zu Jahr, der Verdienst der Ziegelgänger hat sich vermindert, der Preis der Lebensproducte dagegen ist seit mehreren Jahren bedeutend erhöht; es klagt der Handwerker in den Städten und auf dem Lande über schlechten Verdienst. — Durch diese beklagenswerthen Zustände sind vorzugsweise die unruhigen Bewegungen des s. g. Proletariats in unserem Lande hervorgerufen, sie werden sich weiter ausdehnen und gefährlich für alle socialen Verhältnisse werden, wenn wir nicht unser Hauptaugenmerk auf die Verbesserung der Lage der arbeitenden Classe richten und zwar zunächst durch Befreiung von Abgaben, welche derselben im höchsten Grade drückend sind. — Dazu gehöret vorzugsweise das Schulgeld. Ich habe Gelegenheit gehabt, mich hiervon in vielen Gegenden unseres Landes zu überzeugen, überall sind mir Klagen über den Druck dieser Abgabe vorgetragen. — Die Aufhebung derselben erscheint mir auch deshalb nothwendig, weil sie auf das Verhältniß der Schullehrer zu ihren Schuldistricten höchst nachtheilig einwirkt. Die ärmeren Bewohner des Landes betrachten den Schullehrer als ihren Bedrucker, er soll aber nicht bloß Lehrer der Kinder, sondern auch Freund und Rathgeber in ihren Angelegenheiten sein. Von vielen Kindern bezieht der Schullehrer wegen Armuth der Eltern kein Schulgeld; menschliche Schwächen verleiten häufig dazu, den Nichtzahlenden anders zu behandeln, als den Zahlenden! —

Die Aufhebung des Schulgeldes — meiner Ansicht nach eine durchaus nothwendige Maaßregel zur Beruhigung der Einlieger, kleinen Colonatsbesitzer und der ärmeren Bewohner der Städte — kann nur durch Entschädigung der Schullehrer aus der Landcasse geschehen. Der Zustand derselben bietet kein Hinderniß dar, indem die gegenwärtige Finanzperiode einen Ueberschuß von 26,000 Rthl. gewährt, unter den jetzigen Verhältnissen eine sehr bedeutende Ersparung der Kosten für das Militair eintreten wird, die Kosten für den Wegebau sich bald um ein Beträchtliches vermindern werden und

und durch die Vereinigung sämmtlicher Cassen, sowie durch eine einfachere Finanzverwaltung große Ersparnisse eintreten werden.

Mein Antrag lautet dahin:

Fürstliche Regierung zu ersuchen, baldmöglichst eine, die Aufhebung des Schulgeldes und die Uebernahme desselben auf die Landcasse betreffende Proposition vorzulegen.

---

39) Die Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Gemeinderäthe und Magistrate betreffend.

Das allgemeine Streben im deutschen Vaterlande geht dahin, den Rechtsgang zu dem unbeschränkt herrschenden Geschäftsgange zu machen. Die öffentlichen Behörden sollen den Gesetzen gemäß, nicht mit polizeilicher Willkühr, richten, befehlen und verwalten; sie sollen niemals anders als durch das Gesetz die persönliche Freiheit des Staatsbürgers antasten oder in das Privateigenthum eingreifen. Wenn das redlich geschieht, wenn die Kräfte des Volks nicht nach Laune und Willkühr verwandt werden, dann hat keine Staatsbehörde zu wünschen, daß ihre Handlungen geheim gehalten werden.

Wir haben schon nach den bestehenden Gesetzen Oeffentlichkeit bei den Dorfversammlungen, wenn die Angelegenheiten der einzelnen Dörfer in Frage stehen, bei den Wahlen der Wahlmänner und bei den Verhandlungen des Landtags. Die Oeffentlichkeit wird in peinlichen und bürgerlichen Rechtsachen nicht ausbleiben.

Von dem Abgeordneten der Stadt Blomberg ist bereits auf die Oeffentlichkeit der Berathungen der Bürgervorsteher angetragen und kein Landesabgeordneter hat dagegen Bedenken erhoben. Ich glaube mit Zuversicht, daß auch der höchste Magistrat, das deutsche Parlament, seine Beschlüsse nicht hinter verschlossenen Thüren fassen wird. Die Oeffentlichkeit, welche überall als eine heilsame Maßregel anerkannt wird, darf bei den Berathungen der Gemeinderäthe und Magistrate nicht ausgeschlossen werden. In einigen Aemtern sollen Gemeinderäthe schon öffentlich verhandelt haben. Gemeinderäthe haben nach der Landesverordnung vom 16. März 1841 fast dieselbe Geschäfte zu besorgen, welche den Magisträten obliegen: die Aufnahme d. Gemeindeglieder, die Polizeiverwaltung, die Anstellung der Amtsdien. Unterstützung der Armen, Ausschreibung und Verwendung der Gemeindesteuer, sie concurriren bei Kirchen- und Schulsachen.

Mir will es scheinen als wenn die Magistrate das nöthige Vertrauen ihrer Mitbürger noch mehr befestigen würden, wenn auch sie öffentlich zeigen, daß

daß sie die Angelegenheiten der Stadt reiflich prüfen, niemals nach Gunst und Laune, sondern nach den Gesetzen handeln. Nachtheile sind davon nicht zu befürchten. Sollten aber auch Nachtheile entstehen, so trägt die Oeffentlichkeit dagegen das Heilmittel selbst in sich durch die Freiheit der Rede und Gegenrede, wodurch die Wahrheit anerkannt werden wird. Nöthigenfalls könnte die öffentliche Versammlung in eine geheime verwandelt werden. Ein solcher Fall wird jedoch nur selten eintreten.

Ich stelle daher den Antrag:

es möge das beschlossene Gesuch auf Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Bürgervorsteher auf die Verhandlungen der Gemeinderäthe und Magistrate ausgedehnt werden.

Detmold den 31. März 1848.

Viderit.

40) An  
hohe Ständeverammlung!

Antrag des Abgeordneten Klocke,  
betreffend:

einzuführende jährliche Zahlung  
einer Geldvergütung Seitens der  
Kirchspiele und Schuldistrikte  
an die Pastöre und Schullehrer  
statt der denselben bis-  
her gestellten freien Wohnung.

In vielen Kirchspielen hiesigen Landes sind in jüngster Zeit neue Kirchen, Pfarr- und Küsterhäuser errichtet, und ist bei Ausführung derselben den von den geistlichen Behörden gestellten Anforderungen meist vollständig Genüge geleistet worden. Die Errichtung neuer Kirchen ist, da dieselben keiner steten Benutzung ausgesetzt sind, und deshalb nur seltener deren Neubau erforderlich wird, meist dadurch bedingt worden, das dieselben in Folge zugenommener Bevölkerung die Kirchspielsmitglieder nicht mehr fassen und daher ein größerer Raum beschafft werden mußte. Die Wohnungen für Pastöre und Schullehrer werden indeß, der Natur der Sache nach, leichter baufällig und erwachsen durch deren Bau und Reparatur den Kirchspielen öfter wiederkehrende Ausgaben, als durch Neubau der Kirchen.

Die Anforderungen an Pfarr- und Küsterhäuser haben sich bei der zunehmenden Baulust und der jetzt für eine Haushaltung in Anspruch genommenen größeren Räumlichkeit bedeutend gesteigert, und stehen in keinem Verhältniß zu den Geldkräften der zu den betreffenden Baukosten beitragenden Kirchspielsmitglieder. — In der 4000 Seelen enthaltenden Gemeinde

Talle sind innerhalb 5 Jahren ein neues Pfarrhaus, Küsterhaus und 2 neue Schulhäuser errichtet und ist dafür ein Capital von 7000 Rthl. aufgebracht worden. — Zu Beschaffung dieser Summe mußten die Beiträge so erhöht werden, daß sie den Landes- und Gemeindeabgaben fast gleich kamen, und wurden deshalb um so drückender, weil dieselben von den Bewohnern der Häuser, also auch von den Einliegern erhoben wurden, für welche die Eigenthümer der Häuser, wenn die Beiträge gering gewesen wären, wol wie früher, die Zahlung übernommen hätten, bei den so sehr erhöhten Beiträgen aber die ihnen nach der Verordnung zustehende Befreiung davon in Anspruch nahmen.

Die Ausführung des Baues gedachter Häuser wird meist auf das Mindestgebot verdungen, und stellen die Unternehmer dann solche Bauten her, daß bald Reparaturen daran vorkommen.

Die Bewohner dieser Häuser sind selten geneigt, zur Vermeidung größerer Reparaturen bei den Kirchenvorständen darauf anzutragen, daß kleine Reparaturen vorgenommen werden. — Die Folge davon ist, daß diese Häuser häufiger neu gebaut werden müssen, als von den Eigenthümern selbst bewohnter Häuser.

Bei dem loyalen und religiösen Sinne der Kirchspielsmitglieder haben dieselben die, wenn auch drückend gewordene Beitragspflicht zu den Baukosten der geistlichen Gebäude meist erfüllt und dadurch die betreffenden Behörden in dem Glauben bestärkt, die Kirchspielsmitglieder würden bei neuen dergleichen Anlagen wieder gern erbötig sein, dieselben unweigerlich zu erfüllen.

In einzelnen Kirchspielen ist indeß gegen die von den Behörden angeordneten Neubauten bei den Berathungen darüber ein Widerspruch erhoben worden. —

Auf das gegründete Vorbringen der Kirchenvorstände ist indeß nur wenig gehört worden, und den Gemeinden die Ausführung des Baues aufgegeben, somit die Zahlung der Beiträge auferlegt. Außer dem durch die unbedingte Anordnung des Baues gegen die Behörden erweckten Mißtrauen ist die Störung des zwischen den Pastoren, Küstern und Schullehrern und der Gemeinde bestehenden guten Einvernehmens meist Folge dieser durchgreifenden Maaßregel gewesen, was um so mehr zu beklagen ist, als dadurch die Wirksamkeit der Geistlichen bedeutend beschränkt wird.

Zur Abstellung der angeführten Uebelstände und zur Befestigung eines guten Einvernehmens der Gemeinde mit dem Geistlichen erlaube ich mir nun eine Maaßregel in Vorschlag zu bringen, wodurch dieser zu unangenehmen Streitigkeiten zwischen der Gemeinde und dem Geistlichen Veranlassung gebende Punkt ganz beseitigt wird.

Mein

Mein Vorschlag ist folgender:

Es würde in freie Wahl der Kirchen- und Schulvorstände gestellt, ihren Geistlichen für die bisher in natura gestellte freie Wohnung eine jährliche Vergütung in Gelde zu zahlen, wie ja auch Aerzte und Rentanten keine freie Wohnung haben. — Dabei versteht es sich von selbst, daß die Schul- und Confirmandenstuben von der Gemeinde, nicht von den Geistlichen gestellt werden und letztere dafür keine Vergütung erhalten. —

Auf diese Weise wären die die Gemeinden einige Jahre hindurch übermäßig belastenden Baukosten in einen jährlichen bestimmten Beitrag, eine unständige Abgabe in eine ständige verwandelt, die desfalligen Streitigkeiten der Geistlichen und deren vorgesetzten Behörden mit den Gemeinden über diesen Punkt beseitiget, und diese Angelegenheit sehr vereinfacht. —

Was die Ausführung dieses Vorschlages anbetrißt, so möchte sich dieselbe etwa in folgender Weise herausstellen. —

Die Gemeinden, welche in jüngster Zeit ihre geistlichen Gebäude neu errichtet haben, werden dieselben zu verkaufen nicht geneigt sein, und bliebe das jetzige Verhältniß so lange bestehen, bis eines derselben haufällig würde.

In denjenigen Gemeinden indeß, in welchen gedachte Gebäude sehr haufällig sind, würden, zur Vermeidung der bedeutenden Ausgaben eines Neubaus, dieselben verkauft, und würden die Geistlichen dieselben vorerst wol von den Käufern wieder miethen. Sollte letzteres nicht angehen, so wird bei eintretendem Mangel an einer passenden Wohnung für den Geistlichen sich sehr bald ein Unternehmer finden, welcher für ein gutes Miethgeld eine den Wünschen der Geistlichen entsprechende Wohnung herstellt. — Daß dabei im Anfange für die Geistlichen einige Unbequemlichkeit entstehen kann, räume ich ein, verweise indeß auf gleiche die den Geistlichen wol gleich zu stellenden Aerzte und Rentanten auf dem Lande wegen Mangel an passender Wohnung treffende Unannehmlichkeit.

Wegen der den betreffenden Geistlichen von den Gemeinden zu zahlenden Geldvergütung würde unter Mitwirkung der Aemter und Berücksichtigung der Dertlichkeit eine Vereinbarung bald zu Stande gebracht werden können und sich bald ein fester Preis der zu zahlenden Vergütung herausstellen.

Somit stände in Aussicht, daß nach Verlauf einiger Zeit von allen Gemeinden statt Stellung freier Wohnung eine Geldvergütung an die Geistlichen gezahlt würde. — Die Einführung dieser Maaßregel würde zu gleicher Zeit den auf vorigem Landtage eingebrachten begründeten Klagen über den unrichtigen Vertheilungsmaaßstab der Beiträge zu den geistlichen Gebäuden, wenn auch nicht abhelfen, doch die in dem Vertheilungsmaaßstabe liegende Unge-

Ungerechtigkeit, der Geringsfügigkeit der jährlichen Beiträge wegen, nicht so fühlbar werden lassen. —

Aufgefordert von meinem Wahlbezirke, namentlich den Aemtern Hohenhausen und Langenholzhausen und in völliger Uebereinstimmung mit der an mich ergangenen Aufforderung stelle ich bei hoher Ständerversammlung meinen Antrag dahin:

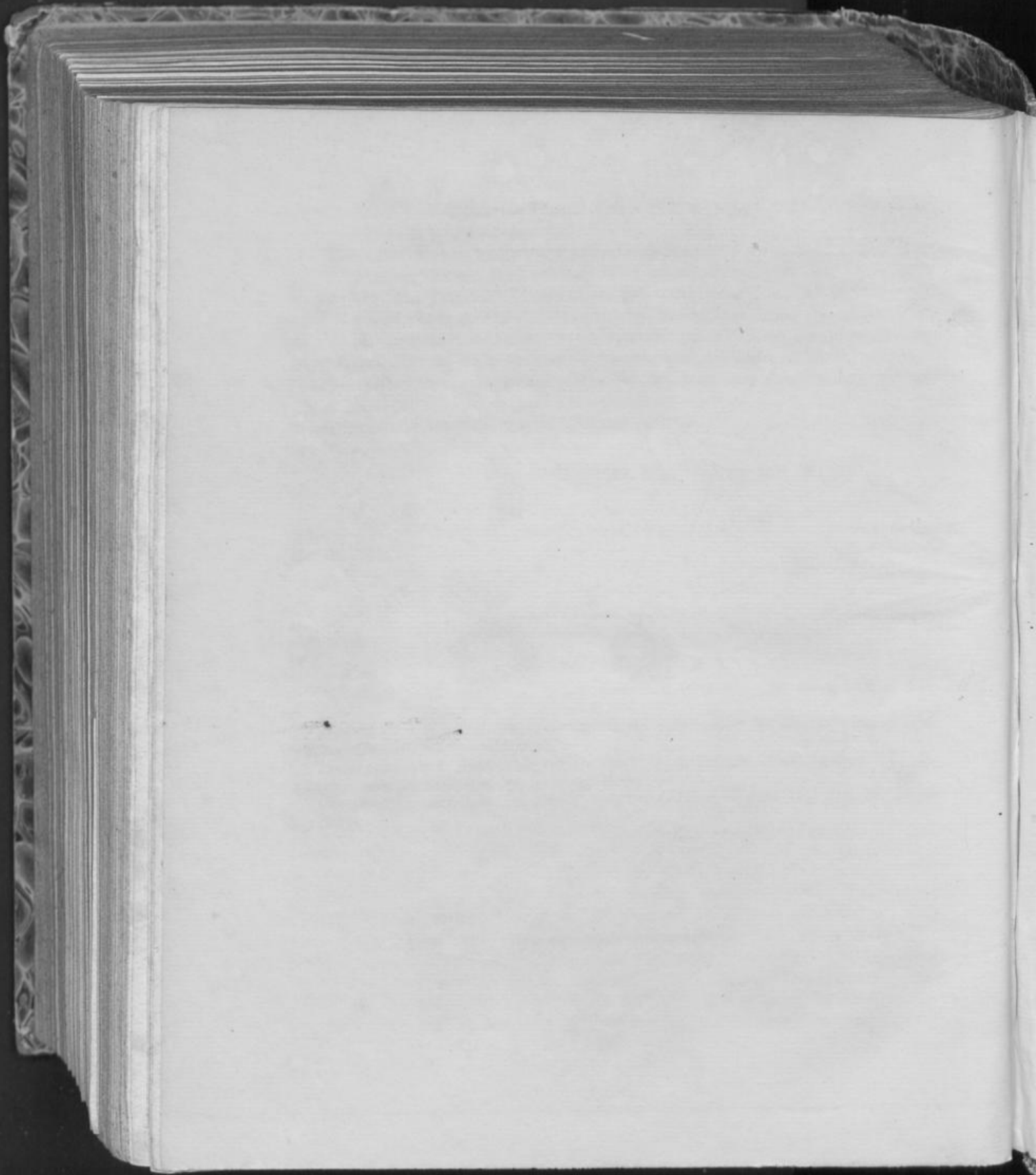
„bei Durchlauchtigstem Fürsten hochgeneigtest die Bitte stellen zu wollen, noch auf diesem Landtage ein Gesetz vorlegen zu lassen, dahin gerichtet, daß den Kirch- und Schulvorständen gestattet sein solle, ihren Pastoren, Küstern und Schullehrern statt der ihnen bisher von den Gemeinden gestellten freien Wohnung eine angemessene Geldvergütung zu zahlen“. —

Schließlich bemerke ich, daß selbstredend diese Bestimmung auf solche Pastor- und Schullehrerhäuser keine Anwendung leiden kann, deren Baukosten etwa aus einem Stiftungskapitale erfolgt sind, da über letztere keinesfalls abändernde Bestimmungen getroffen werden können. —

Detmold, den 27ten März 1848.

F. A. Klocke.







01570361

